

Vormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Mittwoch

8. April 1925

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vormwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2566-2567

Hindenburg — Kandidat der Reaktion.

Eine außenpolitische Katastrophe.

Vom Reichsblok wird 1/3 Uhr mitgeteilt: Der Reichsblok hat heute vormittag entscheidende Beratung über die Kandidatur für den zweiten Wahlgang abgehalten. Im ganzen Verlauf der Verhandlungen hatte Dr. Jarres keinen Zweifel darüber gelassen, daß an seiner Person eine Erweiterung der Basis des Reichsblokes nicht scheitern dürfe. Nachdem die Bayerische Volkspartei mitgeteilt hatte, daß sie einer Kandidatur des Generalfeldmarschall von Hindenburg zustimmen würde, hat Dr. Jarres telegraphisch, von seiner Aufstellung Abstand zu nehmen und empfahl dem Reichsblok dringend, dem Generalfeldmarschall von Hindenburg die Kandidatur zu übergeben.

Der Reichsblok beschloß daraufhin heute mittag, die Kandidatur dem Generalfeldmarschall von Hindenburg anzubieten. Dieser hat sofort angenommen. Die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei, der Bayerische Bauernbund und die deutsch-hannoversche Partei haben sich außer dem im Reichsblok vereinigten Parteien dieser Kandidatur angeschlossen und sind damit dem Reichsblok beigetreten.

Die Auffassung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg als Kandidaten zur Reichspräsidentenschaft durch die derzeitigen Regierungsparteien ist eine außenpolitische Katastrophe.

Für diese Katastrophe trägt die Reichsregierung die volle Verantwortung. Wohl hat sie durch Herrn Stresemann mit allen möglichen kleinen Mitteln gearbeitet, um diesen aberwichtigen Beschluß des sogenannten „Reichsblokes“ zu hintertreiben. Sie hat u. a. den Brief Hindenburgs in Umlauf gesetzt, in dem sich der alte Herr scheinbar endgültig für Ablehnung entschied, und sie hat das in der Absicht getan, diese Ablehnung wirklich unwiderruflich zu machen. Sie hat sich aber auf solche kleine Mittel der Intrige beschränkt, sie hat nicht den Mut gehabt, offenen Widerstand zu leisten, der zweifellos von Erfolg gewesen wäre.

Selbst eine eindringliche Vorstellung der Reichsregierung an Hindenburg ist offenbar nicht ergangen. Andernfalls wäre der politisch vollkommen ahnungslose Herr, der auch heute noch nicht weiß, was für ein Spiel mit ihm gespielt wird, höchstwahrscheinlich bei seinem Nein geblieben.

Hindenburg ist für alle Welt das Symbol des kriegerischen Kaiserreichs. Seine Proklamierung zum Kandidaten reißt alle Wunden des Weltkriegs auf; außen und innen. Draußen wird man jede Stimme, die für Hindenburg abgegeben wird, als ein unzweideutiges Bekenntnis zu Monarchie und Revanchekrieg betrachten. Im Inneren wird ein Wahlkampf geführt werden, wie ihn Deutschland noch nicht erlebt hat und dessen Folgen unabsehbar sind.

Der Volksblock muß diesen Kampf mit aller Kraft und Würde führen. Mehr denn je hängt von seinem Sieg die Zukunft Deutschlands ab. Mehr denn je zeigt sich, daß diese Zukunft den alten Vabanquo-Spielern um Tirpitz nicht anvertraut werden darf. Mehr denn je müssen alle Kräfte angespannt werden für einen vollkommenen, glänzenden Sieg der Republik und des Friedens am 28. April.

Wer heute morgen den Versuch gemacht hat, sich aus der Presse des Reichsblokes über den Stand der Kandidatenscherzen der Rechten zu informieren, dem bot sich ein Bild, bei dem man nicht weiß, ob man lachen oder weinen soll. Sachen über die Verwirrung in den Reihen unserer Gegner, über so viel Dummheit, Undiszipliniertheit und unfreiwillige Komik; weinen über den Zustand der deutschen politischen Verhältnisse und eines Teils der deutschen Presse, der damit der ganzen Welt vor Augen geführt wird.

Drei Zeitungen der Rechten, nur Kopf und Ueberschriftzeile, und drei verschiedene Sachdarstellungen! So sieht dies Bild aus:

„Nationalpost.“

Hindenburg zur Annahme bereit.

„Die Zeit.“

Hindenburgs endgültige Ablehnung.

„Berliner Lokal-Anzeiger.“

Hindenburg behält sich seine Entscheidung vor.

Drei verschiedene Behauptungen, und zu jeder Behauptung eine Erläuterung und Standpunkterklärung. Die „Nationalpost“ schreibt:

„Obige Meldung (Hindenburg zur Annahme bereit. Red. d. B.) zeigt deutlich, daß alles, was über eine Ablehnung des

Generalfeldmarschalls, zu kandidieren, in der Links- und einem Teil der Rechtspresse verbreitet wurde, nicht den Tatsachen entspricht, auch dann nicht, wenn es emulierende Minister bestätigen. Für den Reichsblok gibt es jetzt nur eine Wahl: Hindenburg. Das nationale Deutschland wird seinem Ruf dann einhellig folgen.“

Also: Hindenburg ist der einzig mögliche Kandidat. Jeder mit Jarres, nieder mit dem amtierenden Minister Stresemann!

Die „Zeit“ jedoch beharrt auf Jarres, „auch jetzt noch“:

„Der Reichsblok wird heute seine Entscheidung zu fällen haben. Der deutschnationale Parteiaussschuß hat gestern getagt und für den Fall eines endgültigen Verzichts Hindenburgs beschloßen, den deutschnationalen Vertretern im Reichsblok die Aufstellung von Karl Jarres zu empfehlen. Wir warten das Ergebnis der Beratungen ab, und wir sind überzeugt, daß Karl Jarres, wenn man ihn ruft, sich auch jetzt noch mit seiner ganzen Persönlichkeit der Sache des Reichsblokes zur Verfügung stellen wird. Eins ist jedenfalls notwendig: daß heute unbedingt Klarheit geschaffen wird!“

Der „Lokal-Anzeiger“ schließlich hält es mit dem Satz, daß Vorsicht der bessere Teil der Tapferkeit ist und stimmt einen Lobgefang auf die Einmütigkeit des Reichsblokes an:

„Auch die gestrigen Besprechungen haben wieder auf allen Seiten den Willen ergeben, unter allen Umständen in einmütiger Geschlossenheit vorzugehen. Die Meinungsverschiedenheiten, die aufgetreten sind, haben diese grundsätzliche Einigkeit in keinem Stadium der Verhandlungen jemals gefährdet. Es ist erfreulich feststellen zu können, daß in all diesen Tagen nichts geschehen ist, was die geschlossene Einmütigkeit des Reichsblokes für die Entscheidung, die heute zu treffen sein wird, erschüttern könnte.“

Wer lacht da nicht? Die Einmütigkeit besteht darin, daß die eine Seite gegen die andere intrigiert, um Agitationsmaterial für kommende parteipolitische Auseinandersetzungen zu gewinnen.

Die deutschnationalen wollen der Volkspartei vorwerfen, sie hätten die Kandidatur Hindenburg sabotiert.

Die Volkspartei verweist auf die feierlichen Schwüre des Loebell-Ausschusses für Jarres und hat den Vorwurf des Wortbruchs in Reserve.

Die deutschnationalen loben deshalb Jarres, den sie los werden wollen, die Volkspartei hat deshalb durch ihre Mitglieder Scholz und Kempkes erklären lassen, daß eine Kandidatur Hindenburg, falls sich sämtliche anderen Faktoren des Reichsblokes einhellig dafür entscheiden sollten, an einem volksparteilichen Widerstand nicht scheitern dürfte.

Hindenburg und Jarres.

Das Verhalten der beiden Präsidentskandidaten für den Kandidatenposten ist nicht würdig. Hindenburg lehnt bald ab, bald nimmt er an. Die „Zeit“ gibt folgenden Brief wieder, den er gestern an den Reichsblok gefandt hat:

„Ich erkläre hiermit, daß ich wegen meines hohen Alters den verantwortungsvollen Posten des Reichspräsidenten zu übernehmen nicht in der Lage bin. Ich halte unentwegt an der Kandidatur Jarres fest und spreche die dringende Bitte an alle, denen das Vaterland über der Partei steht, aus, sich mir anzuschließen und dadurch eine verhängnisvolle Zersplitterung zu verhüten. Wer sich ohne Zwang von der Wahl fernhält, vergeht sich in entscheidender Stunde auf das Schmerzlichste am Vaterland.“

Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Trotz dieses Schreibens dann noch den Vorbehalt der Entschlußfreiheit — das ist mehr, als sich Hindenburg, als sich ein mutmaßlicher Präsidentschaftskandidat gestatten dürfte.

Herr Jarres ist „auch jetzt noch“ bereit, anzunehmen. In dieser Reserve „auch jetzt noch“ liegt das Eingeständnis, daß mit ihm gespielt, daß seine Würde tangiert worden ist. Zu allen Kränkungen, die er erfahren hat, schreibt heute morgen der „Tag“:

„Im Reichsblok beurteilt man, wie uns mitgeteilt wird, die Situation so, daß auf Grund der Einigung über die politische Arbeit des Reichsblokes und auf Grund eines sehr engen persönlichen Einvernehmens zwischen dem Generalfeldmarschall und Dr. Jarres die Frage, ob von Hindenburg oder Dr. Jarres zum Kandidaten bestimmt wird, nur eine Personenfrage ist, deren Entscheidung natürlich zunächst Hindenburg zusteht.“

Herr Jarres besitzt die feierlichen öffentlichen Versicherungen des Loebell-Ausschusses, daß er der Kandidat des zweiten Wahlganges sei. Er kann sich auf das Wort des Herrn von Loebell berufen. Trotzdem kommt es auf ihn erst in zweiter Linie an. Ist er wirklich nach einem solchen Fußtritt „auch jetzt noch bereit“?

Und die Wähler?

Die Wähler besitzen ebenfalls das Wort des Loebell-Ausschusses. Feierliche Kundgebungen haben ihnen im ersten Wahlgang, am Wahltag und unmittelbar nach dem Wahltag versprochen, daß die Person des Kandidaten nicht geändert werde.

Mit souveräner Rücksichtslosigkeit gleiten die Spieler der Reichsblokkomödie über ihr feierliches Wort hinweg. Sie schämen die Wähler wahrhaftig niedrig ein!

Warum Marx?

Für die Republik, nicht für das Zentrum.

Von Wilhelm Sollmann.

Die Präsidentschaftskandidatur Marx dient der Sammlung der Republikaner zur Sicherung und zum sozialen Ausbau der Republik. Wir Sozialdemokraten wählen Marx, weil seine demokratische, republikanische und religiös-soziale Persönlichkeit den Volksmassen unzweifelhaft genehmer sein muß als ein Kandidat, dessen Wahl von den verbündeten Großkapitalisten betrieben und finanziert wird. Es ist die beste Anerkennung für Marx, daß in den vielfachen taktischen Manövern dieser Wochen niemals die Schwerindustrie, niemals das Junkertum, niemals auch nur eine Stimme aus den Rechtsparteien für die Kandidatur dieses Mannes sich erhoben hat. Er ist wie Birth und Joos und Imbusch jener Tempel für unwürdig befunden, in denen dem Kult des goldenen Kalbes und den blutigen Gößen des Krieges gehuldigt wird. Es gibt keine bessere Empfehlung für Marx, als daß die Todfeinde der politischen Gleichberechtigung des Volkes und seines sozialen Aufstiegs ihn entschieden ablehnen.

Diesen Marx, nicht das Zentrum, wählen wir am 28. April. So wenig das Zentrum sozialdemokratisch wählte, als es in der Nationalversammlung seine Stimmen dem Sozialdemokraten Ebert zuführte, und später durch Reichstagsbeschluss die Präsidentschaft des Sozialdemokraten verlängerte, so wenig muten wir unseren Anhängern zu, sich für die Zentrumspolitik einzusetzen. Man braucht sich nur vorzustellen, daß das Zentrum etwa Stegerwald oder Herold als Sammelpolitkandidaten vorgeschlagen hätte, um zu wissen, daß wir niemals für einen dieser Männer gestimmt haben würden. Dem Republikaner Marx gilt unser Vertrauen, die Politik seiner Partei aber ist nicht die unserer. Marx ist der geeignete Sammelkandidat, weil er etwa in der Mitte der sammelnden Parteien steht. Auch die Deutschnationalen haben ja in Jarres einen Mann proklamiert, der einer schwächeren Partei angehört. Wer einigen Will, muß immer die mittlere Linie suchen.

Niemand mutet der Partei und ihren Wählern zu, auch nur einen Satz des Zentrumsprogramms zu billigen oder gar zu vertreten. Das Zentrum bleibt eine bürgerliche Partei, wie unsere eine sozialistische. Insbesondere bleiben wir scharfe Gegner der Kulturpolitik des Zentrums. Auf die Entscheidung kulturpolitischer Fragen kann aber jeder Abgeordnete größeren Einfluß ausüben als der Reichspräsident, dem die Verfassung keinerlei kirchlichen, schul- oder kunstpolitische Aufgaben zugewiesen hat.

Wir brauchen an der Spitze der Republik einen Mann, der sich an die Verfassung nicht nur durch die juristische Form eines Eides gebunden hält, sondern Republik und Demokratie in sich erlebt. Es spricht viel dafür, daß Marx ein solcher Mann ist. Warum wäre er sonst lieber von seinem Reichkanzlerposten zurückgetreten, als daß er mit den Rechtsparteien gegen die härteste republikanische Partei regierte? Warum hätte er sonst Monate hindurch mit unseren preußischen Genossen den Kampf um die Ministerpräsidentenschaft gegen den Reichsblok und dessen kommunistische Hilfskräfte geführt?

Der Reichsblok will einen Präsidenten, der als Oberbefehlshaber der Reichswehr, als Gebieter über den militärischen Ausnahmezustand, als außenpolitischer Repräsentant des Reiches, als sieben Jahre gefestigter Fels in den Erschütterungen der Kabinettskrisen, als Herr über die vorzeitige Auflösung des Parlaments für eine militäristische, antidemokratische Republik zu haben ist. Weil der Reichsblok solche Gefügigkeit Herrn Marx nicht zutraut, dürfen wir von diesem Manne erwarten, daß er sich, gestützt auf die Republikaner Deutschlands, dem Herrenmententum widersetzt.

Die Präsidentschaftswahlen sind ein Stück Kampf um die Staatsgewalt, die möglichst ganz zu erobern der Hochkapitalismus seit Jahren alle Einrichtungen der Demokratie zu mißbrauchen sucht. Das Ringen um die junge Republik, die wir zu einem sozialen Volksstaat erheben wollen, steht im Vordergrund allen politischen Geschehens. Keiner von uns glaubt an die Volksgemeinschaft des Herrn Marx in dem zerklüfteten Klassenstaate, aber wir wissen auch, daß im Zentrum manche ernste und entschlossene Geister

wenn auch nicht aus marxistischen Erkenntnissen, so doch aus ihrem christlichen Gewissen gegen die wachsende kapitalistische Diktatur sich auflehnen. Diese geistig und sittlich hochstehenden und strebenden Menschen sind für die soziale und sozialistische Entwicklung sicher wertvoller als der feiner gestaltete Arbeit zeigende Kadautommunismus.

Mit diesen Männern und Frauen gehen wir nun ein Stück Weges zusammen, um einen sozial gesinnten Menschen, einen erprobten Demokraten über den Vornamen des Großkapitals legen zu lassen. Will einer, der gegen die Kandidatur Marx Bedenken hat, daß am 28. April die Schwarz-weiß-rot-rot jubele? Das kann kein Sozialist und kein Republikaner wollen. Darum geht jeder zur Wahl und stimmt gegen den Rechtsblock und gegen dessen kommunistischen Vorspann, für Marx, den sozialen Republikaner!

Kirchen-Mirbach.

Ein Nachklang aus Wilhelm's Glanzzeit.

In Potsdam ist gestern Freiherr Ernst von Mirbach im 81. Lebensjahre gestorben. Man wußte bis dahin kaum, daß er noch am Leben war. Und doch hat dieser frühere „Oberhofmeister“ der ersten Frau Wilhelms II. jahrelang einen unheilvollen Einfluß auf das öffentliche Leben Deutschlands und besonders Berlins ausgeübt. Wie seine Herrin im Volkswort die „Kirchen-Gaule“ hieß, so ist Oberhofmeister der „Kirchen-Mirbach“.

Er fand seinen Ehrgeiz darin, der frömmelnden Kaiserin möglichst viele Kirchen in Berlin zu erstellen. Zu dem Zwecke veranstaltete er eine Sammlung nach der anderen, gründete Kirchenbauvereine und handelte daneben mit Orden und Titeln gegen entsprechende Zahlung in einem seiner Baufonds. Ob der Spender Christ oder Jude war, danach fragte der Höfling nicht. Ihm kam es darauf an, daß „Geld im Kästen klingelt“ und dadurch die Gnadenonne für ihn höher steigt!

Daß das Geld zum guten Teil durch zweifelhafte Bankiers, denen Mirbach gleichfalls zu Titeln verholfen hatte, in wenig kirchliche Kanäle wanderte, hat seinerzeit großes Aufsehen erregt und schließlich zum kurzen Abschied des Kirchen-Mirbach geführt. So hat auch der bigotte Wilhelm unter dem Einfluß seiner Frau an dem fleißigen Sammler festhielt, einmal mußte er sich doch entschließen, ihn in die Wüste zu schicken.

Seit der Zeit war Mirbach ein stiller Mann geworden. Und nur gelegentlich, wenn die Hakenkreuzler um die Gedächtniskirche im Westen tobten, dachte man daran, daß auch dieses Bauwerk „bei uns“ und „Christ“ zusammengefallen worden ist. Was der Frömmigkeit ihrer wohlhabenden Besucher keinen Abtrag zu tun braucht.

Das Echo der Aufwertungsgesetze.

Aufnahme der neuen Aufwertungsgesetzesentwürfe bei den Sparern.

Die Landesverbände Groß-Berlin und Brandenburg des Hypothekensparbündiger- und Sparsparverbandes (Berlin W. 66, Wilhelmstraße 49, und S.W. 47, Vorstraße 10) hielten am 1. April 1.3. in Berlin eine aus der ganzen Provinz stark besuchte Delegiertenversammlung ab, die ihre Stellung zu den neuen Gesetzesentwürfen der Regierung in folgender Entschliessung zum Ausdruck brachte:

„Die am 1. April 1925 in Berlin tagende Delegiertenversammlung der Landesverbände Groß-Berlin und Brandenburg des Hypothekensparbündiger- und Sparsparverbandes lehnt die neuen Gesetzesentwürfe der Regierung zur Aufwertung mit aller Entschiedenheit ab. Sie fordert nach wie vor die sofortige Aufhebung der 3. Steuernotverordnung und die Rückkehr zum alten deutschen Recht.“

Der gegenwärtigen Regierung verleiht sie das Vertrauen, daß sie den Willen hat, das Recht wiederherzustellen.“

Keine Beschlagnahme der Kauschold-Broschüre. Wie mitgeteilt wird, entspricht die Nachricht der BS-Korrespondenz, daß die Kauschold-Broschüre des Abgeordneten Dr. Kauschold beschlagnahmt worden sei, nicht den Tatsachen.

Tirpitz bei Hindenburg.

Eine weltgeschichtliche Konversation.

Gestern Abend ist Großadmiral von Tirpitz in Hannover eingetroffen, um im Auftrage der Deutschnationalen Partei den Generalfeldmarschall von Hindenburg zu besuchen, seine endgültige Ablehnung der Präsidentschaftskandidatur wieder rückgängig zu machen. Wie uns von zureichender Seite aus Hannover gesandt wird, hat sich die Aussprache wie folgt abgespielt:

Tirpitz (betritt den Raum).

Hindenburg (Hört an's Telefon): Ueberfall!

Tirpitz: Was fällt Ihnen denn ein? Erkennen Sie mich denn nicht?

Hindenburg: Ja, gerade deshalb. ... Ich nehme an, Sie wollen bei mir Altien klauen.

Tirpitz: Zufällig nicht, aber aus Ihren Worten müßte ich eigentlich entnehmen, daß auch Sie Liebhaber sind. ...!

Hindenburg: Sieher Tirps, lassen wir das. Die Zeiten der gegenseitigen Verdächtigungen sind vorüber. Wir sind doch nicht mehr im Großen Hauptquartier. Sagen Sie mir lieber, was führt Sie hierher?

Tirpitz: Ihre Kandidatur!

Hindenburg: Schon wieder einer! Ich habe doch zum dritten Male endgültig abgelehnt und Euch aufgefordert, Jarres wieder aufzustellen!

Tirpitz: Das ist es eben. Sie sollen zum vierten Male annehmen. Aber diesmal unumwiderruflich!

Hindenburg: Das kann ich doch nicht mehr. Ihr macht mich ja lächerlich!

Tirpitz: Ach was, dafür haben unsere Wähler gar kein Gefühl!

Hindenburg: Aber ich kann mich doch unmöglich viermal in drei Tagen umgruppieren!

Tirpitz: Warum denn nicht? Der Vorkriegsausgleich gruppiert sich viermal an einem Tage um.

Hindenburg: Wird denn den Wählern dabei nicht schwindelig zumute? Das ist doch zum Seerantwerden.

Tirpitz: Ach, woher denn! Das haben sie sich abgemöhnt, seitdem ich wieder in der Leitung der Deutschnationalen Partei sitze.

Hindenburg: Aber Ihr seid doch nicht allein. Und die Deutsche Volkspartei?

Tirpitz: Die Bande muß man eben auf die Knie zwingen. Gott strafe Strömemann!

Hindenburg: Bitte, keine traurigen Reminiszzenzen!

Tirpitz: Unter uns gesagt: sind wir denn nicht zwei lebende traurige Reminiszzenzen?

Hindenburg: Offenbar nicht. Sonst würde man nicht ausgerechnet mich zum Präsidenten machen wollen und ausgerechnet Sie diesjährig zu mir schicken.

Der Kampf im Finanzausschuß.

Keine Inflation ohne Deckung.

Paris, 8. April. (WTB.) Im Finanzausschuß der Kammer hat nach Wiederaufnahme der Sitzung um 9 Uhr abends Finanzminister de Monzie seine Erklärungen über den Sanierungsplan fortgesetzt und eine Reihe von Fragen beantwortet. Um 11.45 Uhr verließ der Finanzminister die Sitzung, worauf die Kommission in die Einzelberatung des Entwurfs eintrat. Der Antrag, Titel I betreffend die Erhöhung des Notenumlaufs um vier Milliarden von dem Gesetz abzutrennen und ihn allein vorher raschestens zu verabschieden, wurde mit 18 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Damit hat die Kommission ihren Willen kundgegeben, den Gesetzentwurf als ein unteilbares Ganzes zur Sanierung der Finanzlage zu betrachten. Die Kommission wird heute nachmittags 3 Uhr ihre Beratung fortsetzen.

Frauentwahlrecht in den Gemeinden.

Paris, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat beschlossen, den Frauen von 21. Lebensjahr ab das aktive und passive Wahlrecht für die Gemeinde- und die Generalratswahlen zuzuerkennen. Der Antrag des Berichterstatters, das Gesetz innerhalb drei Tagen in Kraft zu setzen, wurde mit 297 gegen 247 Stimmen abgelehnt.

Die Bauernbewegung in Rußland.

Die gesamte Sowjetpresse berichtet seit einigen Monaten fortgesetzt über die Bauernbewegung in Rußland, die sich gegen die bolschewistische Regierung richtet. Diese Erscheinung ist tatsächlich von höchster Bedeutung und von größter Wichtigkeit für den Fortbestand der Regierung in Sowjetrußland.

Besonders merkwürdig sind die Formen, die diese Bewegung angenommen hat. Bauernausschüsse, die seinerzeit ganze Gouvernements erloschen und mit militärischer Gewalt niedergeworfen wurden, haben schon längst aufgehört. Die Bauernbewegung hofft nicht mehr auf den Erfolg einer Aufstandsbewegung. Andererseits hat die Einführung des freien Handels und die Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber dem ländlichen Kapitalismus die Kampfstimmung der Bauernschaft in gewissem Sinne gemildert. Indessen sucht die allgemeine Unzufriedenheit der ländlichen Bevölkerung nach einem Ausweg, und da es keine freien Wahlen und keine legalen Oppositionsparteien gibt, so finden die oppositionellen Stimmungen der Bauern keine legale Auswirkungsmöglichkeit. Sie richten sich deshalb sehr häufig gegen die örtlichen Regierungsvertreter, mehr aber noch gegen die Korrespondenten der kommunistischen Zeitungen.

Die städtische kommunistische Presse hat ein ganzes Reg von „Dorfkorrespondenten“ geschaffen, die dem Staate erhebliche Summen kosten. Diese Korrespondenten, die zum größten Teil Kommunisten sind, erscheinen der Dorfbewohner als die Vertreter der Zentralgewalt, während sie der Presse gegenüber die Rolle der Vertreter der Dorfbewohner spielen. Ihre Informationen sind oft von entscheidender Bedeutung. Sie richten sich aber häufig gegen diese oder jene Schichten des Dorfes, bald gegen die Besitzenden, bald gegen die Besitzlosen, niemals jedoch spiegeln sie die wirklichen Stimmungen der Dorfbewohner wieder. Die Bauernschaft betrachtet diese Korrespondenten nicht als ihre wirklichen Vertreter und als Schwalmer ihrer Interessen; eine andere Presse jedoch als die kommunistische gibt es in Rußland nicht und andere Informationen als die der kommunistischen Korrespondenten sind nicht vorhanden. Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß der kleinste Konflikt tragische Folgen zeitigt.

Auf diesem Boden vollzieht sich seit einiger Zeit in Rußland eine moßhafte Ermordung der Dorfkorrespondenten. Der Vertreter des Justizministeriums, Staatsanwalt Wjshinski, hat am 13. März erklärt, daß in den letzten drei Monaten 1924 in Großrußland allein 99 Attentate auf Dorfkorrespondenten, von denen 9 einen tödlichen Ausgang nahmen, und 13 Attentatsversuche zu verzeichnen waren. Ferner fanden in den ersten zwei Monaten 1925 weitere 67 Attentate statt. Im Verlauf von fünf Monaten sind es insgesamt 166 Attentate, die in Rußland bekannt sind. Berücksichtigt man außerdem, daß diese Zahlen sich nur auf das eigentliche innere Rußland beziehen, und daß noch die Ukraine, Sibirien, der Kaukasus und Weiskrußland in Betracht kommen, so ist es klar, daß in dieser terroristischen Bewegung eine oppositionelle Massenbewegung der Bauernschaft gegen die bestehende Gewalt in die Erscheinung tritt. Der Staatsanwalt Wjshinski erklärt dann auch: „Der Kampf gegen die Dorfkorrespondenten ist ein Kampf gegen die Sowjetgewalt.“ („Pravda“, 13. März 1925.)

Tirpitz: Das habe ich ja immer gesagt: die Deutschen sind nicht reif für die Demokratie.

Hindenburg: Also steht unsere Sache günstig?

Tirpitz: Jedenfalls hängen unsere letzten Erfolgsaussichten von dem Vertrauen in die Führung ab. Sie sind unser bester Mann. (Auf den Knien.) Eggelein, Sie sind unser letzter Trumpf! Steht er nicht, dann sind wir verloren, dann ist die Monarchie erledigt auf Jahrhunderte hinaus.

Hindenburg: Bitte, keine traurigen Reminiszzenzen!

Tirpitz: Eggelein, fassen Sie am Vorsteck! Ich appelliere feierlich an Ihre beschworene Treue zum Allerhöchsten Kriegsherrn, der die letzten Aussichten verliert, seinen Thron niemals wieder zu besteigen, wenn die Marxisten am 28. April siegen. Nur wenn Sie gewählt werden und den Eid auf die republikanische Verfassung leisten, hat Majestät eine letzte Möglichkeit, die Kaiserkrone wieder aufzusetzen.

Hindenburg: Ich finde Ihre Beweisführung nicht gerade überlegen. ...

Tirpitz (stürzt hinaus).

Im Vorzimmer empfangen ihn die dort wartenden Journalisten. Er erklärt ihnen: „Meine Herren, mein Gespräch mit dem Herrn Generalfeldmarschall war naturgemäß streng vertraulich. Ich kann Ihnen nur eine kleine Andeutung machen, die Sie ins Bild setzen wird. Das letzte Wort des Herrn Generalfeldmarschalls lautete: „Überlegen!“

Die Journalisten stürzen zum Telegraphenamt und telegraphieren: „Hindenburg hat erklärt, er wolle sich die Sache noch einmal überlegen.“

In den Räumen sämtlicher Redaktionen biegen sich die Köpfe.

Die Notwohnung.

Viele Menschen haben heute ein unfreundliches Heim, eine Notwohnung. Sie ist eng und unbehaglich, kalt und dunkel. Und wenn die Besitzer dieser Wohnungen an prächtigen Häusern vorbeikommen, in denen weite, geräumige, helle Zimmer liegen, dann regt sich mit Recht der Wunsch im Herzen: „Hätte ich doch ein kleines freundliches Heim, in dem ich mich wohl fühlen kann nach den Stunden harter Arbeit.“

Heraus aus der Notwohnung! — Das ist der Schrei von vielen Tausenden.

Das ist auch der Schrei aller wahren Republikaner.

Unsere deutsche Republik — die Spieher wegen sie gar nicht so zu nennen — ist auch nur eine Notwohnung, die in der Revolutionszeit roch zusammengezwimmert wurde, um zunächst unter Dach zu kommen. Damals war die größte Sorge, schnell einen Staat zu bilden, der mit den Gegnern verhandeln konnte. Wäre das nicht geglückt, so hätten wir heute überhaupt kein Deutschland mehr, was gewisse Leute, die damals den Kopf verloren hatten, heute vergessen haben.

Nun ist die Wohnung zu klein — Deutschlandreich mußte draußen bleiben! Es sind zu viele kleine muffige Kammern darin —

In Anbetracht dieser Tatsache hat die Sowjetregierung beschließen, besondere Schutzmaßnahmen für die Dorfkorrespondenten einzuführen und ihren Angreifern die härtesten Strafen, bis zur Todesstrafe aufzuerlegen. Indessen werden diese Repressalien kaum einen Erfolg zeitigen. Man kann eine spontane Bewegung nicht mit polizeilichen Maßnahmen unterdrücken. Wenn die Regierung der Bauernschaft nicht die Möglichkeit geben wird, ihre wirklichen Stimmungen auf legalen verfassungsmäßigen Wege frei zum Ausdruck zu bringen, wird sie gegen die elementare terroristische Bewegung auf dem flachen Lande vergebens ankämpfen.

Das Militär im Saargebiet.

Wann hört dieser Kriegszustand auf?

Saarbrücken, 8. April. (WtB.) Zu Max Reilis Erklärung im englischen Unterhaus, daß ein Bataillon französischer Truppen aus dem Saargebiet zurückgezogen werden wird, weist die „Landeszeitung“ (Zentrum) darauf hin, daß die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet überhaupt gegen den klaren Wortlaut des Versailler Vertrages verstöße und fragt deshalb, wann endlich der selbst nach Versailler Text rechtmäßige Zustand hergestellt wird.

Englands Anteil steht fest.

Was darüber ist, ist von Nebel — sagt der Transferausschuß.

London, 8. April. Unterhaus. (WTB.) Nach Churchill erklärte Graham (Arbeiterpartei), er unterstütze die Resolution. Lloyd George drückte ebenfalls seine Zustimmung aus. Sir Frederic Wise erklärte sich gegen die Resolution. Ramsay MacDonald sagte, er bezweifle, daß die finanzielle Sicherheit für England ebenfugot sei, wie die Frankreichs gemäß dem Dawes-Plan. Kenworthy bezeichnete den neuen Plan als eine Erleichterung, bedauerte aber zugleich, daß die Regierung nicht die ganze Reparationsabgabe aufgegeben habe.

Churchill ergriff abermals das Wort und führte u. a. aus, es bestehe keine Gefahr, daß die neue Vereinbarung die Ausführung des Dawes-Planes behindere. Der Transferausschuß habe sie einstimmig genehmigt. Wenn England infolge der Steigerung des Handels mit Deutschland eine weit größere Summe Pfund erhalten werde, als der britische Anteil aus dem „Reparationsstopf“ ausmache, werde der Ueberschuß der Summe in der Reichsbank bleiben, und soweit es irgendeine Ueberschreitung über die Grenze des britischen Anteils hinaus gebe, werde der Prozeß automatisch u. n. wirksam und die Operation zwischen dem deutschen Exporteur und dem britischen Käufer werde lediglich den Charakter eines gewöhnlichen Handelsgeschäfts haben. In Erwiderung auf eine Anrede von Lloyd Georges, daß England irgendwelchen Ueberschuß aus der Reparationsabgabe benutzen sollte, um den allgemeinen Umfang der Sachlieferungen Deutschlands zu steigern, sagte Churchill, nach dem Londoner Abkommen sei es England nicht erlaubt, Maßnahmen über seinen Anteil hinaus zu treffen, ohne dem Transferausschuß darüber Rechenschaft abzulegen, und dieser habe endgültig erklärt, daß er eine Einmischung über den britischen Anteil hinaus grundsätzlich mißbilligen würde. Auch aus anderen Gründen würde dies nicht in Englands Interesse liegen.

Die spanische Diktatur.

Sie tut harmlos.

Lissabon, 8. April. (WTB.) Das Direktorium hat eine Kundgebung veröffentlicht, in der betont wird, daß das Direktorium keine Partei sei, sondern eine vorbereitende Organisation, die sich die Schaffung zukünftiger politischer Gruppierungen zum Ziel gesetzt habe. Die zeitweilig aufgehobene Verfassung dürfe nicht durch Dekret aufgehoben werden, sondern ausschließlich durch die Cortes, und zwar im Einvernehmen mit der Krone. In der äußeren Politik empfiehlt das Direktorium die Aufrechterhaltung der Freundschaft mit Portugal, England, Frankreich, Italien sowie ein Zusammengehen mit Lateinamerika im Völkerbund.

In den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen waren neue Schwierigkeiten entstanden, weil die Delegationen über die Bedeutung eines Teils der am 28. Februar getroffenen Abmachungen nicht einig waren. Es ist aber ein Weg dafür gefunden worden, trotz dieser Meinungsverschiedenheiten die praktischen Arbeiten fortzusetzen.

die Einzelstaaten! Es herrscht keine Gemütsruhe — Justiz- und Skandalaffären! Es zieht zumellen — Putzsch! Die Ursachen liegen teils in der Handhabung der Hausordnung, der Verfassung, teils an dem Hauswirt, der bürgerlichen Regierung.

Dieser Hauswirt will Herr im Hause sein, unbeschränkt regieren. Was scheren ihn die Räte der Richter! — Und doch braucht er sie notwendig. Denn sie leisten überall die Hauptarbeit.

Der Zustand ist unhaltbar. Das Haus muß ausgebaut werden, und zwar nach sachlichen Gesichtspunkten. Die Notwohnung muß oerschwunden, ein wohlhülliges Heim entstehen, ein Heim, in dem alle Platz haben, in dem weite helle Räume sind, wo jeder sein Recht findet und gerne weilt. —

Wir wollen als Vaterland eine wahre deutsche Republik!

Wir wollen die Durchführung der Verfassung von Weimar!

Die Grundrechte der Bürger dürfen nicht mehr angefaßt werden! Dann erst kann Frieden im Hause sein!

Ernst Schermer.

Protest der deutschen Schriftsteller. Die Hauptversammlung des Schuyverbundes deutscher Schriftsteller hat die Bedenken der Schriftstellerischen Freiheit im Falle des Diktators Karl Reichle mit folgender Resolution beantwortet, die auch den württembergischen Behörden zugesandt wurde: „Die Generalversammlung des SDS. nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß nach einem Bericht des Stuttgarter Polizeipräsidenten am 28. März d. J. in Feuerbach eine Theaterprobe von der Polizei gesperrt, der anwesende Dichter und die Mitglieder des Sprechchors, die das Stück aufführten, verhaftet worden sind. Die Präventivzensur für Bühnenwerke ist abgeschafft; sie darf nicht unter Umgehung der gesetzlichen Körperkassen auf dem Wege der bewaffneten Exekutive wieder eingeführt werden. Der SDS. erwartet, daß das württembergische Kultusministerium den Schutz der literarischen und künstlerischen Freiheit gemäß der Reichs- und Landesverfassung im Falle des verhafteten dramatischen Schriftstellers Karl Reichle sicherstellt.“

Honore Georgi, das bekannte frühere Mitglied der Wigman-Tanztruppe, bringt ein Programm neuer Tänze am Donnerstag, mittags 4.42 Uhr, in der Fabrik der Volkshäuser im Theater am Kaiserplatz. Es ist dieses die einzige Berliner Veranstaltung, in der die Künstler in dieser Saison auftreten. Karten zu 1.25 B. in den Kartenausgabe- und Zählstellen der Volkshäuser erhältlich.

Die Nationalgalerie hat ein aus dem Jahre 1906 stammendes Werk Kretschmars, das Bildnis des Wiener Bildhauers Adolf Loos, heimlich erworben. Gleichzeitig gelangt dort als Leihgabe ein weiteres Werk Kretschmars, das Bildnis des Komponisten Josef Haydn aus dem Jahre 1916 zur Ausstellung.

Zum 100. Geburtstag Lassalles erscheint im Verlage von R. 2. Broger eine Mappe mit 12 Bildern von Lassalle, der Grafen Hubert, Helene von Dammach mit einleitendem Text in drei Sprachen und einer chronologischen Tafel von B. Thompson. — Einmalige Auflage in 400 nummerierten Exemplaren. Preis vor Erscheinen M. 4, später M. 5. (Schicksal wird von der gleichen Firma in ihren beiden Geschäften Mittelstraße 31 und Kantstraße 27 am Bahnhof Saganplatz) eine Ausstellung von Werken Lassalles und über ihn veranstaltet.

Die Frühjahrs-Ausstellung der Berliner Secession, Kurfürstendamm 232, die am 19. April geschlossen wird, ist sowohl am Samstag, als auch an beiden Donnerstag-Tagen von 11 bis 2 Uhr geöffnet.

Der Wahlsieg in Belgien.

22 Proz. sozialistischer Stimmengewinn.

Brüssel, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Gesamtergebnis der Wahlen ist jetzt ziemlich übersehbar. Der sozialistische Erfolg übersteigt alle Erwartungen und ist weit größer, als die ersten Zählergebnisse erkennen ließen. Die Sozialisten gewinnen vorläufig 10, hauptsächlich sogar 11 Mandate, nämlich zwei in der Provinz Lüttich, zwei oder drei in Brabant, je eins in den Provinzen Antwerpen, Westflandern, Ostflandern, Hennegau, Namur und Luxemburg. Die Katholiken haben vermutlich einen Verlust von zwei Mandaten, so daß ihre Kammervertretung auf 78 herabfällt. In der Stimmenzahl überflügeln die Sozialisten die Katholiken beträchtlich. Sie dürften rund 820 000 Stimmen, also einen Zuwachs von 150 000 oder 22 Proz. aufweisen, während die Katholiken nur 750 000 aufbringen. Die Sozialisten werden also zum ersten Mal die stärkste Partei Belgiens.

Man muß die überheulende Wahlkampagne der Katholiken miterleben haben, die die absolute Mehrheit in der Kammer erobern wollten, um die ganze Größe ihrer Niederlage zu würdigen. Die Liberalen verlieren 10 Mandate, sinken also von 33 auf 23 herab. Die Kommunisten erobern ein Mandat in Lüttich und vermutlich auch eins in Brüssel, wo ihr Führer Jacquemotte vielleicht doch noch mit knapper Not durchkommt; sie erhielten insgesamt rund 30 000 Stimmen gegen 820 000 sozialistische. Die Familiäre Frontpartei erhöht ihre Mandatszahl von 4 auf 6, was hinter ihren Erwartungen zurückbleibt; aber ihr Stimmengewinn scheint bedeutender.

Die vermutliche Zusammensetzung der neuen Kammer ist also: 78 bis 79 Sozialisten, 78 Katholiken, 23 Liberale, 6 Familiäre Frontpartei, 2 Kommunisten, zusammen 187. Die bisherige katholisch-liberale Regierungsmehrheit sinkt von 113 auf 101, die Opposition steigt auf 86 oder 87. Wäre die Koalitionsmehrheit einheitlich, dann könnte trotz des Unfalls an eine Erneuerung der alten Regierungsmehrheit gedacht werden, aber man weiß, daß sie schon im alten Parlament nicht leben und nicht sterben konnte. Jetzt würde die Aufrechterhaltung der Einigkeit zwischen Liberalen und Katholiken und zwischen den verschiedenen Gruppen der katholischen Partei ein noch viel größeres Kunststück sein. Keiner weiß deshalb, wie die Regierung gebildet werden soll. Die Katholiken strecken bereits Fühler aus, um die Sozialisten zum Eintritt in eine katholisch-sozialistische Koalition unter der Präsidentschaft des katholischen Führers van de Vyvere zu bewegen. Die Auffassung der Sozialisten ist, daß streng konstitutionell verfahren werden müsse und die zunächst noch immer bestehende, obgleich verminderte Regierungsmehrheit zeigen soll, ob sie regierungsfähig ist und falls sie verfallt, die Sozialisten die Regierungsbildung übernehmen. Sie würden versuchen, mit Hilfe der demokratischen Elemente der katholischen und liberalen Partei eine homogene Mehrheit zu bilden, aber den Auftrag zurückzugeben, falls eine derartige Mehrheit nicht erreichbar ist. Auf das Experiment einer sozialistischen Minderheitsregierung nach dem Muster MacDonalds und Brandings dürften sich die belgischen Genossen kaum einlassen.

Mißglücktes Wahlmandat der belgischen Regierung.

Brüssel, 8. April. (W.B.) Die Regierung veröffentlichte dieser Tage eine endlose Liste von Personen, die nachträglich Orden erhalten, weil sie während der Besetzung Arbeitsdienste für den Widerstand verweigerten und deshalb deportiert worden waren. Die Listen erhalten das Militärkreuz des Leopoldordens, die nach Belieben dazugegeben die sogenannte *decoration civique*. Der sozialistische „Beuple“ nennt die Veröffentlichung der Ordensliste vier Tage vor den Wahlen ein plummes Wahlmandat.

Sicherheitspakt und Kontrollbericht.

Immer noch Phasen und Stadien.

Paris, 8. April. (W.B.) Ministerpräsident Herriot hat gestern den Antwortwortsatz auf die deutsche Anregung, betreffend den Abschluß eines Sicherheitspaktes, mit Anmerkungen versehen, an seine Verfasser, den politischen Direktor im Ministerium des Aeußeren, Lardoux, den Rabinetschef Hergery und den Justiziar Fromageot zurückgegeben. Nach dem „Matin“ wird noch eine zweite Korrektur mit weiteren Änderungen erfolgen, so daß, wie es scheint, die französische Antwort nicht sofort den Alliierten zugeht, was die Ueberreichung der Antwortnote in Berlin etwas verzögert.

Wie die Morgenblätter, offenbar beeinflusst, mitteilen, wird das von dem Verfasser des Sicherheitspaktes geforderte ergänzende Gutachten über die Entwaffnung im Laufe der nächsten Woche der Konferenz vorgelegt werden, um dieser als Unterlage für die Deutschland zu erteilende Antwort zu dienen. Diese Antwort wird dem „Journal“ zufolge vor der deutschen Präsidentschaftswahl übermittelt werden.

Erklärungen Vandervoeldes.

Paris, 8. April. (W.B.) Der belgische Sozialistenführer Vandervoelde hat dem Brüsseler Vertreter des „Petit Parisien“ zur Frage des Sicherheitspaktes erklärt: Ich habe die vollkommenste Ueberzeugung, daß die belgische Regierung, welche Männer sie auch bilden mögen, auf alle Fälle auch ferner mit der französischen Regierung eine Politik des Friedens und der internationalen Annäherung verfolgen wird. In diesem Geiste wird man morgen wie gestern Garantien für die Sicherung Europas suchen. Auf die Frage, ob Deutschland in den Kombinationen, die sich vorbereiten, eine Rolle spielen könnte, antwortete Vandervoelde: Niemand denkt in unserem Lande daran, eine Beteiligung Deutschlands an einem eventuellen Vertrage abzulehnen. Ich verleihe natürlich darunter ein Deutschland, das im Osten den territorialen Status quo annimmt und sich verpflichtet, ihn nicht mit Gewalt abzuändern, sondern

eine zukünftige Revision des Versailler Vertrages abzuwarten.

Einige werden natürlich sagen, daß selbst unter diesen Voraussetzungen ein Garantiepakt, der von Deutschland unterzeichnet ist, nur ein neuer Fehlpapier sein wird. Nach Ansicht der Sozialisten besteht ein Unterschied zwischen einem Deutschland des Farres und einem Deutschland der Welmarer Koalition. Vandervoelde fuhr fort: Ein auf Gegenseitigkeit beruhender Sicherheitspakt zwischen den Mächten würde für die Sozialisten nur unter folgenden Bedingungen annehmbar sein: Zuerst dürfte er keine Spitze gegen Rußland enthalten, außerdem könnte Deutschland nur auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit allen anderen Nationen bezüglich seiner Verpflichtungen und seiner Rechte in den Völkerverbund aufgenommen werden. Es sei endlich nötig, daß der Pakt in den Rahmen der Abkommen eingeschlossen sei, die durch das (Genfer) Protokoll vorgegeben seien, und daß es einen Weg zur späteren Annahme des Protokolls gebe. Die Annahme des Protokolls sei ein wesentlicher Grundpfeiler.

Wir möchten die Aufmerksamkeit der Sozialisten, ja aller Bekenner des Selbstbestimmungsrechts der Völker in den Entente-Ländern darauf lenken, daß der tschechische Außenminister Benesch lechzt deutlich die Absicht erkennen ließ, im Garantiepakt Deutschland und Deutschösterreich abermals einem „ewigen“ Verzicht auf ihre Vereinigung aufzuerlegen. Wir betonen: eine solche Belastung vertritt der Garantiepakt keinesfalls!

Das Osterwetter.

Schon die Oftertage des vergangenen Jahres boten eine für die Jahreszeit außergewöhnlich schöne Witterung und der Ausflugsverkehr entwickelte sich zur Höchstleistung. Es ist vorgekommen, daß Lokale in der Umgebung Berlins, die ja immer noch für die Mehrheit der Ausflügler zur Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse in Frage kommen, ihre Bestände an Getränken und Nahrungsmitteln völlig ausverkauft hatten. Angeregt durch das in den letzten Tagen herrschende Wetter dürfte auch an den kommenden Ofterfeiertagen der „Zug ins Freie“ sich ungehemmt entwickeln. Wenn auch die Wettervorauslage ein undankbares Geschäft ist, so kann doch mit einiger Bestimmtheit angenommen werden, daß das schöne Wetter auch an den Ofterfeiertagen anhält. Dieses fast abnorm schöne Wetter mit seiner verhältnismäßig hohen Tagetemperatur ist darauf zurückzuführen, daß durch die Luftdruckverhältnisse jede stärkere Wolkenbildung verhindert wird. Die Abkühlungen, die in dieser Jahreszeit immer zu beobachten sind und die durch Ausstrahlungen besonders morgens und abends hervorgerufen werden, dürften es trotzdem zulassen, daß tagsüber eine milde warme Temperatur herrscht. Es ist also mit einiger Bestimmtheit damit zu rechnen, daß Berlin seine gemohnten Pfingstausflüge in diesem Jahre schon zu Oftern machen kann.

Oftern im Freibad.

Die Verwaltung des städtischen Freibades Wannsee teilte uns mit, daß sie bei dem schönen Frühlingwetter es für richtig gehalten hat, den Badestrand schon jetzt freizugeben. Zwar ist es noch nicht so warm, daß jemand sich versucht fühlen könnte, schon ein Wasserbad im offenen Gewässer zu nehmen. Aber wer Sonnenbäder nehmen will, findet dazu beste Gelegenheit am Strand des Freibades Wannsee. Restaurant und Kaffeelücke sind geöffnet, so daß auch für Erfrischungen hinreichend gesorgt sein wird. Bleibt das Wetter günstig, so darf das Freibad Wannsee schon am Karfreitag und an den Ofterfeiertagen auf starken Besuch rechnen.

Geheimnisse einer Sudelküche.

Wie man Lungenhasen und falschen Hasen macht.

Die Küchengeheimnisse einer größeren Speisewirtschaft beschäftigten das Amtsgericht Mitte. Die Gastwirtin Bahl betreibt in der Warschauer Straße eine vielbesuchte Speisewirtschaft, deren Mittags- und Abendessen von Hunderten von Personen in Anspruch genommen wird. Durch frühere Küchenangestellte gelangte es zur Anzeige, daß die Inhaberin des Restaurants etwas allzu sparsam gewesen war. Sie wurde beschuldigt, Ueberreste, die aus der Wirtschaft in die Küche zurückgekommen waren, wieder verwertet und den Gästen von neuem vorgelegt zu haben. Die Vernehmung ergab, daß Speisereste von den Tellern auf Anweisung der Wirtin zu Lungenhasen und „falschen Hasenbraten“ verwendet wurden. Größere Fleischstücke, die auf den Tellern liegen geblieben waren, wurden in den Fleischtopf zurückgeworfen und später anderen Gästen vorgelegt. Die übriggebliebenen Kartoffeln wurden gemammelt und zu Kartoffelsuppe weiter verwendet. Die Angeklagte Bahl ist bereits einmal wegen Kuppelei und Schankvergehens verurteilt, hatte jedoch merkwürdigerweise, als schon dieses Strafverfahren gegen sie schwebte, noch die Konzeption für ihre jetzige Wirtschaftshaltung. Eine Küchenmamsell sagte aus, daß die Angeklagte sie angefahren hätte, als sie Ueberreste in den Abfall tun wollte und daß sie erklärt hätte, was wegwerfen sei, bestimme sie allein. Das Amtsgericht hielt die Angeklagte schuldig nach § 10 Abs. 2 des Nahrungsmittelgesetzes. Ein Nahrungsmittel sei, wie Amtsgerichtsrat Dr. Cohn im Urteil ausführt, nach anerkannter Rechtsprechung verdorben, wenn sein Genuß schmerzhaft sei. Maßgebend dafür sei die allgemeine Auffassung der Konsumenten. Der Gast würde sich mit Ekel abwenden, wenn er wüsste, wie es in der Küche zugehe. Derartige Elemente müßten aus dem Gastwirtsberuf ausgespart werden. Deshalb hat das Gericht neben der Geldstrafe auch auf eine Gefängnisstrafe erkannt. Das Urteil lautete gegen Frau Bahl auf 1 Monat Gefängnis und 800 M. Geldstrafe.

Ein falsches Nordgericht.

Das Gericht von einem Morde war gestern nachmittag im Norden der Stadt verurteilt. In dem Hause Brunnenstraße 83 wohnt ein Arbeiter August Blum mit seiner 50 Jahre alten Frau Paula. Als er gestern um 5 Uhr nachmittags von der Arbeit zurückkehrte, fand er die Frau in der Küche am Tisch sitzend tot auf. Er benachrichtigte die Polizei, die an der Leiche blutunterlaufene Stellen entdeckte und die Nordkommission benachrichtigte. Der Gerichtsarzt Geheimrat Dr. Störmer begutachtete, daß die Leiche wohl nicht von äußerer Gewalt, sondern von dem körperlichen Zustande der Frau herrühre. Die Todesursache konnte er nicht bestimmt feststellen. Zu ihrer Ermittlung wurde die Leiche beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht, um hier obduziert zu werden. Die genaue Besichtigung der Wohnung ergab, daß ein Gasbehälter geöffnet war. Vermutlich ist die Frau beim Öffnen des Hahns von einem Unwohlsein befallen worden.

Sie hatte immer kein Reisegeld.

Einem Schwindel besonderer Art betrieb seit 5 Jahren eine 24 Jahre alte, aus Bodenbach gebürtige ehemalige Kontoristin Franziska Anna Sperh. Sie trieb sich in Berlin und anderen deutschen Städten auf den Bahnhöfen vor den Bahrtouristen herum und erspöhte, wohin Reisende Karren 2. Klasse lösten. Dabei hatte sie die Leiche voll von vorher geschriebenen Briefen, die angeblich an Verwandte in dieser oder jener Stadt gerichtet waren. Sah sie nun, daß ein Reisender eine Fahrkarte nach einer dieser Städte löste, so nach Kaiser, Malmo usw., so sprach sie ihn an, erzählte ihm, daß sie dort Verwandte habe, die sie besuchen wolle, und fragte ihn ihr Geld, daß sie augenblicklich kein Geld habe, um sich eine Fahrkarte kaufen und, je nachdem, einen Bah beforsen zu können. Durch Vorzeigen des entsprechenden Briefes machte sie jedesmal den Reisenden sicher, und fast stets erhielt sie den erbetenen Betrag. Nachweislich erbeutete sie auf diese Weise in Bodenbach allein von 13 Personen zusammen 2000 Goldmark. Die Schwindlerin trat unter verschiedenen Namen auf. So nannte sie sich Schifferfrau Helrich aus Ester bei Wittenberg, Hanni Wagner aus Hamburg, Frau Haas aus Sangerhausen, Frau de Woy aus Holland usw. In Bodenbach war sie unter dem Spitznamen „Sperh-Franziska“ bekannt. Trotzdem suchte sie die dortige Behörde schon seit fünf Jahren vergeblich, ebenso deutsche Staatsanwaltschaften. Jetzt gelang es, die Gaunerin in Dresden festzunehmen. Mit ihr verhaftet wurde der 30 Jahre alte, aus Ester gebürtige Schiffer Wilhelm Belrich, der sich bei ihren Schwindeltaten auf den Bahnhöfen stets im Hintergrunde aufhielt und von der Beute mitlebte.

Er räumte gründlich auf.

Ein Tischlermeister, der in der Westberkestr. einen Handel mit gebrauchten Möbeln betreibt und zu deren Aufbesserung eine Werkstatt unterhält, wurde in seinem Vertrauen arg getäuscht. Bei ihm sprach ein junger Mann, der sich Tischler Erich Bergmann nannte und am 4. März 1903 in Sagan geboren zu sein angebte, um Arbeit vor. Er erzählte, daß er in der Hoffnung, hier leicht Beschäftigung finden zu können, aus seiner Heimat nach Berlin gekommen sei, daß er aber trotz aller Bemühungen noch nichts habe finden können, und daß es ihm deshalb sehr schlecht gehe. Der Meister hatte Mitleid mit ihm und stellte ihn in seiner Werkstatt ein, obgleich er nicht gerade viel Arbeit für ihn hatte. Als er außerhalb zu tun hatte, beauftragte er den neuen Gesellen, dem

er seit einigen Tagen auch ein Unterkommen gewährt hatte, einmal die Werkstatt aufzuräumen. Dabei fand der junge Mann unter der Hobelbank eine Kassetten, in der der Meister über 5000 Mark in deutschem Papier-, Gold- und Silbergeld und amerikanischen Dollar aufbewahrt. Er erbrach die Kassetten, nahm den Inhalt heraus, hörte mit dem Aufstöhnen auf und verschwand mit dem Gelde. Mitteilungen über den Verbleib des undankbaren Gesellen an das Polizeiamt Berlin-Mitte, 4. Kriminalbezirk, Ob die Personalangaben des Tächtigen richtig sind, ist wohl sehr zweifelhaft.

Kennt ihr sie?

Had ein Duzend kleiner Diebstähle von Blumen und Lumpen hat der junge B. in Berliner Kleinhandelsgeschäften ausgeführt, bevor er erwischt worden ist. Nun steht der Zwanzigjährige vor dem Richterlich in Moabit und weint. Ein „Verbrecher“ ist er wirklich nicht, sonst würde er sich nicht so dumm, nämlich gar nicht, verteidigen. Leider findet auch „der große Bruder“, der Angst hat, seine Stelle zu verlieren, „wenn's rauskommt“, kein Wort des Verstehens. Wenn da nicht ein guter Freund des Hahnes, so eine Art impetischer Vormund, wäre, erfähre man nie, daß der Vater die Mutter sehr zeitig verließ, weil sich's mit einem Verhältnis wohl floter lebte, daß auch der Vater sehr leichtsinnig ist und weit eher ein Freund von Autosfahrt und Setzgelagen als von erster Arbeit, und daß sein Junge nie eine wirkliche Erziehung genoss. Von der Schule an auf eigene Füße gestellt, trugen die ihn schnell auf eine schiefte Bahn. War es aber so schlimm, daß nur ein Jahr und sechs Monate Gefängnis die Diebereien sühnen können?

Jetzt wandern die Akten, „Berufung“ steht drin; der Angeklagte, der nun schon fünf, aber auch der Staatsanwalt hat protestiert. Man weiß nicht, wie der Kampf ausfällt, aber diese Jellen, die in der Zelle erstickten und die die Mutter uns übergab, gehen das Recht, an den jungen Mann zu glauben:

Kennt ihr sie, die trüben Gefängniszellen?

Ein Tisch, eine Schüssel, ein Bett.

Alles so öde, nichts heimlich, nichts nett.

Keine Tapete, kein frohes Schimmern;

Nur vier graue schmutzige Wände.

Und wie im Gange verharret du in eiserner Woll.

Leichtverleht bei einer Straßenbahnstehlfung. Vor dem Hause Schönhauser Allee 172 entleerte gestern Abend ein Straßenbahnwagen der Linie 49 E, angeblich durch Verlassen der Bremsen, fuhr gegen einen Straßenbahnmast, der zum Teil umgeknoben wurde, und dann auf den Bürgersteig. Hierbei wurden 5 Insassen leicht verletzt, die nach Anlegung von Rotenbänden in ihre Wohnungen entlassen werden konnten. Ein Unbekannter ist mit Revolver und Unterarmbruch in das Krankenhaus Friedrichshain übergeführt worden.

Praktische Altershilfe. Rüsterte Zimmer, preiswert und gut eingerichtet, weist ständig unentgeltlich innerhalb des Bezirks Prenzlauer Berg nach die Kleinentwerferstraße 64, Hof 1 Tr., Zimmer 119. Sprechstunden werktäglich 9-11 Uhr.

Bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) und der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse bleiben die Bureaus und Kassen für die Kundschaft am 11. April 1925, den Sonnabend vor Oftern, geschlossen.

Kumbold-Hochschule. Das neue Frühjahrsprogramm mit zahlreichen Vorträgen, Wanderungen, Reisen und 125 Vorlesungen in 170 Stunden erlernen und kostenlos in zahlreichen Buchhandlungen und Geschäften zu haben. Jede Auskunft durch das Hauptbureau Köpenicker Str. 108. (Wochenspiegel 2000.)

Kurzliche Beratungsstelle der Gesellschaft „Die“. Die Gesellschaft für Gesellschaftlich der Juden „Die“ hat eine Beratungsstelle für Ohjuden in Berlin, Gormannstr. 29, errichtet. Die in Berlin anwesenden Ohjuden, welche mit den Verhältnissen des Landes wenig vertraut sind, wissen überhaupt nicht, an wen sie sich zu wenden haben, falls jemand von ihnen frunt wird. Die Gesellschaft „Die“ hat daher beschlossen, drei Eingewanderten aus dem Osten zu Hilfe zu kommen. Sie hat Abmachungen mit Berliner Anwalts- und Polikliniken getroffen, auf Grund welcher die Kranken, die von der Beratungsstelle geschickt werden, dort sorgfältig untersucht und behandelt werden.

Die Herne Eisenbahnkatastrophe vor Gericht.

Herne, 8. April. (U.) Die Nachmittagsitzung beginnt mit dem Bericht des Oberbahrns Kastner über die Einrichtung des Signalfeldens, wobei der Zeuge die Möglichkeit einer falschen Stellung wie des Verlassens der Latenzspitze jagt. Der Oberbahnmeister Kstein von Herne verneint nicht, daß Unregelmäßigkeiten bei dem Herne Bahnhof vorgekommen sind. Darauf folgen die Gutachten der Sachverständigen über das Signalfeld, die weder die Möglichkeit eines Verlassens der Signale noch eines Verschuldens des Stellwertpersonals für ausgeschlossen halten. Dagegen erachten die Eisenbahnbetriebsfachverständigen ein Ueberfahren des Signals unter den obwaltenden Verhältnissen für ganz undenkbar und glauben die Schuld nur in der Signalfeldung suchen zu sollen, da seit dem Herne Unglück bereits 46 Meldungen über unvorschriftsmäßige Signalfeldung im Eisenbezirk vorliegen. Der Nachbarninspektor Konzen, der direkte Vorgesetzte des Angeklagten Haverkamp, stellt diesem das beste Zeugnis aus. Er schildert ihn als zuverlässigen, nüchtern und glaubwürdigen in jeder Beziehung. Derselbe trägt auf seinen Heizer Heibbrecher zu. Das Gericht lehnt darauf die Ladung neuer Zeugen und Sachverständiger ab und stellt die Verteidigung des Stellwertpersonals und des Heizers Heibbrecher bis hinter die Wände der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung zurück.

Drei Tote bei einer Handgranatenerplosion. Wie die „Schlesische Zeitung“ aus Oels meldet, wurden bei der Vernehmung von schadhast gemordenen Handgranaten beim Reiterregiment 8 drei Unteroffiziere tödlich und ein Gefreiter schwer verletzt. Die vier Soldaten waren unvorsichtig vorzeitig aus den Dedungsgraben getreten.

Zwei Todesurteile wegen gemeinschaftlichen Mordes. Das Schwurgericht in Rottbus verurteilte gestern den Grabenarbeiter Kosmiergal und die Witwe des Grabenarbeiters Winkler aus Schilf bei Senftenberg in der Laufzeit wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode. Kosmiergal, der verheiratet war, hat am zweiten Weihnachtstertage des vergangenen Jahres den Ehegatten der Winkler ermordet, während Frau Winkler dafür sorgte, daß niemand die Stube betrat. Einige Wochen vorher hatten beide Angeklagten versucht, Winkler durch Gift umzubringen.

Republikanischer Tag am 18. Oktober in Leipzig. Der Reichsbanner-Schwarz-Rot-Gold und der Deutsche Republikanische Reichsbund veranlassen am 17. und 18. Oktober in Leipzig große republikanische Kundgebungen. Die Vorbereitungen sind bereits seit längerer Zeit in Anmarsch gekommen. Bekannte Republikaner und erste Anführer haben ihre Mitwirkung zugesagt. Es wird zahlreiche Vereinskundgebungen und Verbände, nicht nur aus der weiteren Umgebung Leipzigs, sondern aus allen Gauen Deutschlands und Deutschösterreichs erwartet.

Zunahme der Ehescheidungen in den Vereinigten Staaten. Der Prozentatz der Ehescheidungen in den Vereinigten Staaten zeigt nach den letzten Veröffentlichungen des Washingtoner Standesamtsregisters eine ständig ansteigende Kurve. Im Jahre 1870 betrug z. B. die Anzahl der Ehescheidungen auf 100 000 verheiratete Personen nur 80, im vergangenen Jahre dagegen 880 auf 100 000 Ehen. Bezüglich der Ursachen der Ehescheidungen hat sich ebenfalls ein Wandel vollzogen insofern, als früher Unreife und Trunksucht, gegenwärtig in der Hauptursache grauliche Behandlung und böswilliges Verlassen als Gründe für die Ehescheidung angegeben worden.

wenn auch nicht aus marxistischen Erkenntnissen, so doch aus ihrem christlichen Gewissen gegen die wachsende kapitalistische Diktatur sich auflehnen. Diese geistig und sittlich hochstehenden und strebenden Menschen sind für die soziale und sozialistische Entwicklung sicher wertvoller als der keinerlei gestaltende Arbeit zeigende Radikalkommunismus.

Mit diesen Männern und Frauen gehen wir nun ein Stück Weges zusammen, um einen sozial gesimten Menschen, einen erprobten Demokraten über den Vornamen des Großkapitals legen zu lassen. Will einer, der gegen die Kandidatur Marx Bedenken hat, daß am 26. April die Schwarz-weiß-rot-jubeln? Das kann kein Sozialist und kein Republikaner wollen. Darum geht jeder zur Wahl und stimmt gegen den Rechtsblock und gegen dessen kommunistischen Vorpann, für Marx, den sozialen Republikaner!

Kirchen-Mirbach.

Ein Nachklang aus Wilhelm's Glanzzeit.

In Potsdam ist gestern Freiherr Ernst von Mirbach im 81. Lebensjahre gestorben. Man wußte bis dahin kaum, daß er noch am Leben war. Und doch hat dieser frühere „Oberhofmeister“ der ersten Frau Wilhelms II. jahrelang einen unheilvollen Einfluß auf das öffentliche Leben Deutschlands und besonders Berlins ausgeübt. Wie seine Herrin im Volkswort die „Kirchen-Guste“ hieß, so ihr Oberhofmeister der „Kirchen-Mirbach“.

Er fand seinen Ehrgeiz darin, der frömmelnden Kaiserin möglichst viele Kirchen in Berlin zu erbauen. Zu dem Zwecke veranstaltete er eine Sammlung nach der anderen, gründete Kirchenbauvereine und handelte daneben mit Orden und Titeln gegen entsprechende Zahlung in einem seiner Baufonds. Ob der Spender Speiß oder Sude war, danach fragte der Hölbling nicht. Ihm kam es darauf an, daß „Geld im Käsen klingelt“ und dadurch die Gnadenkasse für ihn höher steigt!

Daß das Geld zum guten Teil durch zweifelhafte Bankiers, denen Mirbach gleichfalls zu Titeln verholfen hatte, in wenig kirchliche Kanäle wanderte, hat seinerzeit großes Aufsehen erregt und schließlich zum kurzen Abschluß des Kirchen-Mirbach geführt. So hat auch der bligotte Wilhelm unter dem Einfluß seiner Frau an dem fleißigen Sammler festhielt, einmal mußte er sich doch entschließen, ihn in die Wüste zu schicken.

Seit der Zeit war Mirbach ein stiller Mann geworden. Und nur gelegentlich, wenn die Hakenkreuzler um die Gedächtnisrede im Westen tobten, dachte man daran, daß auch dieses Baumert „bei Job“ und „Christ“ zusammengepackt worden ist. Was der Frömmigkeit ihrer wohlhabenden Besucher keinen Abtrag zu tun braucht.

Das Echo der Aufwertungsgeetze.

Aufnahme der neuen Aufwertungsgegentwürfe bei den Sparern.

Die Landesverbände Groß-Berlin und Brandenburg des Hypothekengläubiger- und Sparsparverbandes (Berlin W. 66, Wilhelmstraße 49, und SB. 47, Poststraße 10) hielten am 1. April 5. 3. in Berlin eine aus der ganzen Provinz stark besuchte Delegiertenversammlung ab, die ihre Stellung zu den neuen Seigniorisations-Verordnungen in folgender Entschliessung zum Ausdruck brachte:

„Die am 1. April 1925 in Berlin tagende Delegiertenversammlung der Landesverbände Groß-Berlin und Brandenburg des Hypothekengläubiger- und Sparsparverbandes lehnt die neuen Seigniorisations-Verordnungen zur Aufwertung mit aller Entschiedenheit ab. Sie fordert nach wie vor die sofortige Aufhebung der 3. Steuernotverordnung und die Rückkehr zum alten deutschen Recht.“

Der gegenwärtigen Regierung verweigert sie das Vertrauen, daß sie den Willen hat, das Recht wiederherzustellen.“

Seine Beschlagnahme der Kaufhold-Broschüre. Wie mitgeteilt wird, entspricht die Nachricht der BS-Korrespondenz, daß die Barmat-Broschüre des Abgeordneten Dr. Kaufhold beschlagnahmt worden sei, nicht den Tatsachen.

Der Kampf im Finanzausschuß.

Keine Inflation ohne Deckung.

Paris, 8. April. (W.B.) Im Finanzausschuß der Kammer hat sich die Wiedereröffnung der Sitzung um 9 Uhr abends Finanzminister de Monzie keine Erklärungen über den Sanierungsplan fortgesetzt und eine Reihe von Fragen beantwortet. Um 11.45 Uhr verließ der Finanzminister die Sitzung, worauf die Kommission in die Einzelberatung des Entwurfs eintrat. Der Antrag, Titel I betreffend die Erhöhung des Notenumlaufs um vier Milliarden von dem Gesetz abzutrennen und ihn allein vorher raschestens zu verabschieden, wurde mit 18 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Damit hat die Kommission ihren Willen kundgegeben, den Gesetzentwurf als ein unteilbares Ganzes zur Sanierung der Finanzlage zu betrachten. Die Kommission wird heute nachmittags 3 Uhr ihre Beratung fortsetzen.

Frauentwahlrecht in den Gemeinden.

Paris, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat beschlossen, den Frauen vom 21. Lebensjahr ab das aktive und passive Wahlrecht für die Gemeinde- und die Generalratswahlen zuzuerkennen. Der Antrag des Berichterstatters, das Gesetz innerhalb drei Tagen in Kraft zu setzen, wurde mit 297 gegen 247 Stimmen abgelehnt.

Die Bauernbewegung in Rußland.

Die gesamte Sowjetpresse berichtet seit einigen Monaten fortgesetzt über die Bauernbewegung in Rußland, die sich gegen die bolschewistische Regierung richtet. Diese Bewegung ist tatsächlich von höchster Bedeutung und von größter Wichtigkeit für den Fortbestand der Regierung in Sowjetrußland.

Besonders merkwürdig sind die Formen, die diese Bewegung angenommen hat. Bauernaufstände, die seinerzeit ganze Gouvernements erfassten und mit militärischer Gewalt niedergeworfen wurden, haben schon längst aufgehört. Die Bauernbewegung hofft nicht mehr auf den Erfolg einer Aufstandsbewegung. Andererseits hat die Einführung des freien Handels und die Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber dem ländlichen Kapitalismus die Kampfstimmung der Bauernschaft in gewissem Sinne gemildert. Indessen sucht die allgemeine Unzufriedenheit der ländlichen Bevölkerung nach einem Ausweg, und da es keine freien Wahlen und keine legalen Oppositionspartien gibt, so finden die oppositionellen Stimmungen der Bauern keine legale Ausdrucksform. Sie richten sich deshalb sehr häufig gegen die örtlichen Regierungsvertreter, mehr aber noch gegen die Korrespondenten der kommunistischen Zeitungen.

Die städtische kommunistische Presse hat ein ganzes Netz von „Dorfkorrespondenten“ geschaffen, die dem Staate erhebliche Summen kosten. Diese Korrespondenten, die zum größten Teil Kommunisten sind, erscheinen der Dorfbevölkerung als die Vertreter der Zentralgewalt, während sie der Presse gegenüber die Rolle der Vertreter der Dorfbevölkerung spielen. Ihre Informationen sind oft von entscheidender Bedeutung. Sie richten sich aber häufig gegen diese oder jene Schichten des Dorfes, bald gegen die Besitzenden, bald gegen die Befehlshaber, niemals jedoch spiegeln sie die wirklichen Stimmungen der Dorfbevölkerung wieder. Die Bauernschaft betrachtet diese Korrespondenten nicht als ihre wirklichen Vertreter und als Sachwalter ihrer Interessen; eine andere Presse jedoch als die kommunistische gibt es in Rußland nicht und andere Informationen als die der kommunistischen Korrespondenten sind nicht vorhanden. Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß der kleinste Konflikt tragische Folgen zeitigt.

Auf diesem Boden vollzieht sich seit einiger Zeit in Rußland eine massenhafte Ermordung der Dorfkorrespondenten. Der Vertreter des Justizministeriums, Staatsanwalt Wschinski, hat am 13. März erklärt, daß in den letzten drei Monaten 1924 in Großrußland allein 99 Attentate auf Dorfkorrespondenten, von denen 9 einen tödlichen Ausgang nahmen, und 13 Attentatsversuche zu verzeichnen waren. Ferner fanden in den ersten zwei Monaten 1925 weitere 67 Attentate statt. Im Verlauf von fünf Monaten sind insgesamt 166 Attentate, die in Moskau bekannt sind, berücksichtigt worden; außerdem, daß diese Zahlen sich nur auf das eigentliche innere Rußland beziehen, und daß noch die Ukraine, Sibirien, der Kaukasus und Weichrußland in Betracht kommen, so ist es klar, daß in dieser terroristischen Bewegung eine oppositionelle Massenbewegung der Bauernschaft gegen die bestehende Gewalt in die Erscheinung tritt. Der Staatsanwalt Wschinski erklärt dann auch: „Der Kampf gegen die Dorfkorrespondenten ist ein Kampf gegen die Sowjetgewalt.“ („Pravda“, 15. März 1925.)

In Anbetracht dieser Tatsache hat die Sowjetregierung beschlossen, besondere Schutzmaßnahmen für die Dorfkorrespondenten einzuführen und ihren Angreifern die härtesten Strafen, bis zur Todesstrafe aufzuerlegen. Indessen werden diese Repressalien kaum einen Erfolg zeitigen. Man kann eine spontane Bewegung nicht mit polizeilichen Maßnahmen unterdrücken. Wenn die Regierung der Bauernschaft nicht die Möglichkeit geben wird, ihre wirklichen Stimmungen auf legalen verfassungsmäßigem Wege frei zum Ausdruck zu bringen, wird sie gegen die elementare terroristische Bewegung auf dem ländlichen Lande vergebens ankämpfen.

Das Militär im Saargebiet.

Wann hört dieser Kriegszustand auf?

Saarbrücken, 8. April. (W.B.) Zu Max Reills Erklärung im englischen Unterhaus, daß ein Bataillon französischer Truppen aus dem Saargebiet zurückgezogen werden wird, weist die „Landeszeitung“ (Zentrum) darauf hin, daß die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet überhaupt gegen den klaren Wortlaut des Versailler Vertrages verstoße und fragt deshalb, wann endlich der selbst nach Versailler Text rechtmäßige Zustand hergestellt wird.

Englands Anteil steht fest.

Was darüber ist, ist von Uebel — sagt der Transfereauschuß.

London, 8. April. Unterhaus. (W.B.) Nach Churchill erklärte Graham (Arbeiterpartei), er unterstütze die Resolution. Lord George drückte ebenfalls seine Zustimmung aus. Sir Frederic Wise erklärte sich gegen die Resolution. Ramsay MacDonald sagte, er bezweifle, daß die finanzielle Sicherheit für England ebenjotig sei, wie die Frankreichs gemäß dem Dawes-Plan. Kenworthy bejahte den neuen Plan als eine Entlastung, bedauerte aber zugleich, daß die Regierung nicht die ganze Reparationsabgabe aufgegeben habe.

Churchill ergriff abermals das Wort und führte u. a. aus, es bestehe keine Gefahr, daß die neue Vereinbarung die Ausführung des Dawes-Planes hindere. Der Transfereauschuß habe sie einstimmig genehmigt. Wenn England infolge der Steigerung des Handels mit Deutschland eine weit größere Summe Pfund erhalten werde, als der britische Anteil aus dem „Reparationsstopf“ ausmache, werde der Ueberfluß der Summe in der Reichsbank bleiben, und soweit es irgendeine Ueberlieferung über die Grenze des britischen Anteils hinaus gebe, werde der Prozeß automatisch in Wirklichkeit und die Operation zwischen dem deutschen Exporteur und dem britischen Käufer werde lediglich den Charakter eines gewöhnlichen Handelsgeschäftes haben. In Erwiderung auf eine Anregung Lord Georges, daß England irgendwelchen Ueberfluß aus der Reparationsabgabe benutzen sollte, um den allgemeinen Umfang der Sachlieferungen Deutschlands zu steigern, sagte Churchill, nach dem Londoner Abkommen sei es England nicht erlaubt, Maßnahmen über seinen Anteil hinaus zu treffen, ohne dem Transfereauschuß darüber Rechenschaft abzulegen, und dieser habe endgültig erklärt, daß er eine Einmischung über den britischen Anteil hinaus grundsätzlich mißbilligen würde. Auch aus anderen Gründen würde dies nicht in Englands Interesse liegen.

Die spanische Diktatur.

Sie tut harmlos.

Madrid, 8. April. (W.B.) Das Direktorium hat eine Kundgebung veröffentlicht, in der betont wird, daß das Direktorium keine Partei sei, sondern eine vorbereitende Organisation, die sich die Schaffung zukünftiger politischer Gruppierungen zum Ziel gesetzt habe. Die teilweise aufgehobene Verfassung dürfe nicht durch Dekret aufgehoben werden, sondern ausschließlich durch die Cortes, und zwar im Einvernehmen mit der Krone. In der äußeren Politik empfehle das Direktorium die Aufrechterhaltung der Freundschaft mit Portugal, England, Frankreich, Italien sowie ein Zusammengehen mit Lateinamerika im Völkerverbund.

In den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen waren neue Schwierigkeiten entstanden, weil die Delegationen über die Bedeutung eines Teils der am 28. Februar getroffenen Abmachungen nicht einig waren. Es ist aber ein Weg dafür gefunden worden, trotz dieser Meinungsverschiedenheiten die praktischen Arbeiten fortzusetzen.

Tirpitz bei Hindenburg.

Eine weltgeschichtliche Konversation.

Gestern Abend ist Großadmiral von Tirpitz in Hannover eingetroffen, um im Auftrage der Deutschnationalen Partei den Generalfeldmarschall von Hindenburg zu eruchen, seine endgültige Ablehnung der Präsidentschaftskandidatur wieder rückgängig zu machen. Wie uns von zuständiger Seite aus Hannover gemeldet wird, hat sich die Aussprache wie folgt abgepielt:

Tirpitz (betritt den Raum).

Hindenburg (fürzt an's Telephon): Ueberfall!

Tirpitz: Was fällt Ihnen denn ein? Erkennen Sie mich denn nicht?

Hindenburg: Ja, gerade deshalb. . . Ich nehme an, Sie wollen bei mir Altien klauen.

Tirpitz: Zufällig nicht, aber aus Ihren Worten müßte ich eigentlich entnehmen, daß auch Sie Viehdieber sind. . .

Hindenburg: Lieber Tirps, lassen wir das. Die Zeiten der gegenseitigen Verdächtigungen sind vorüber. Wir sind doch nicht mehr in Großen Hauptquartier. Sagen Sie mir lieber, was führt Sie hierher?

Tirpitz: Ihre Kandidatur!

Hindenburg: Schon wieder einer! Ich habe doch zum dritten Male endgültig abgelehnt und Euch aufgefordert, Jarres wieder aufzustellen.

Tirpitz: Das ist es eben. Sie sollen zum vierten Male annehmen. Aber diesmal unwiderruflich!

Hindenburg: Das kann ich doch nicht mehr. Ihr macht mich ja lächerlich!

Tirpitz: Ach was, dafür haben unsere Wähler gar kein Gefühl!

Hindenburg: Aber ich kann mich doch unmöglich viermal in drei Tagen umgruppieren!

Tirpitz: Warum denn nicht? Der Voedell-Ausschuß gruppiert sich viermal an einem Tage um.

Hindenburg: Wird denn den Wählern dabei nicht schwindlig zumute? Das ist doch zum Seerantwerden.

Tirpitz: Ach, woher denn! Das haben Sie sich abgemöhnt, seitdem ich wieder in der Leitung der Deutschnationalen Partei stehe.

Hindenburg: Aber Ihr seid doch nicht allein. Und die Deutsche Volkspartei?

Tirpitz: Die Vorde muß man eben auf die Knie zwingen. Gott strafe Stresemann!

Hindenburg: Bitte, keine traurigen Reminiszzenzen!

Tirpitz: Unter uns gesagt: sind wir denn nicht zwei lebende traurige Reminiszzenzen?

Hindenburg: Offenbar nicht. Sonst würde man nicht ausgerechnet mich zum Präsidenten machen wollen und ausgerechnet Sie dieierhold zu mir schicken.

Tirpitz: Das habe ich ja immer gesagt: die Deutschen sind nicht reif für die Demokratie.

Hindenburg: Also steht unsere Sache günstig?

Tirpitz: Jedenfalls hängen unsere letzten Erfolgsaussichten von dem Vertrauen in die Führung ab. Sie sind unser bester Mann. (Auf den Knien.) Erzählen Sie uns unser letzter Trumpf! Steht er nicht, dann sind wir verloren, dann ist die Monarchie erledigt auf Jahrhunderte hinaus.

Hindenburg: Bitte, keine traurigen Reminiszzenzen!

Tirpitz: Erzählen Sie am Vorstepeel! Ich appelliere feierlich an Ihre beschworene Treue zum Allerhöchsten Kriegsherrn, der die letzten Ausflüchte verliert, seinen Thron niemals wieder zu besteigen, wenn die Marxisten am 26. April siegen. Nur wenn Sie gewählt werden und den Eid auf die republikanische Verfassung leisten, hat Majestät eine letzte Möglichkeit, die Kaiserkrone wieder aufzusetzen.

Hindenburg: Ich finde Ihre Beweisführung nicht gerade überlegen. . .

Tirpitz (fürzt hinaus).

Im Vorzimmer empfangen ihn die dort wartenden Journalisten. Er erklärt ihnen: „Meine Herren, mein Gespräch mit dem Herrn Generalfeldmarschall war naturgemäß streng vertraulich. Ich kann Ihnen nur eine kleine Andeutung machen, die Sie ins Bild setzen wird. Das letzte Wort des Herrn Generalfeldmarschalls lautete: „Überlegen!“

Die Journalisten stürzen, zum Telegraphenamt und telegraphieren: „Hindenburg hat erklärt, er wolle sich die Sache noch einmal überlegen.“

In den Räumen sämtlicher Redaktionen biegen sich die Botten.

Die Notwohnung.

Viele Menschen haben heute ein unfreudliches Heim, eine Notwohnung. Sie ist eng und unbehaglich, kalt und dunkel. Und wenn die Besitzer dieser Wohnungen an prächtigen Häusern vorüberkommen, in denen weite, geräumige, helle Zimmer liegen, dann regt sich mit Recht der Wunsch im Herzen: „Hätte ich doch ein kleines freundliches Heim, in dem ich mich wohl fühlen kann nach den Stunden harter Arbeit.“

Heraus aus der Notwohnung! — Das ist der Schrei von vielen Tausenden.

Das ist auch der Schrei aller wahren Republikaner.

Unsere deutsche Republik — die Spieler wagen sie gar nicht so zu nennen — ist auch nur eine Notwohnung, die in der Revolutionszeit roch zusammengedrückt wurde, um zunächst unter Dach zu kommen. Damals war die größte Sorge, schnell einen Staat zu bilden, der mit den Gegnern verhandeln konnte. Wäre das nicht geglückt, so hätten wir heute überhaupt kein Deutschland mehr, was gewisse Leute, die damals den Kopf verloren hatten, heute vergessen haben.

Rum ist die Wohnung zu klein — Deutschösterreich mußte draußen bleiben! Es sind zu viele kleine muffige Kammern darin —

die Einzelstaaten! Es herrscht keine Gemütslichkeit — Justiz- und Standausschüsse! Es zieht zumeilen — Uffschel! Die Ursachen liegen teils in der Handhabung der Hausordnung, der Verfassung, teils an dem Hauswirt, der bürgerlichen Regierung.

Dieser Hauswirt will Herr im Hause sein, unbeschränkt regieren. Was scheren ihn die Räte der Mieter! — Und doch braucht er sie notwendig. Denn sie leisten überall die Hauptarbeit.

Der Zustand ist unhaltbar. Das Haus muß ausgebaut werden, und zwar nach sachlichen Gesichtspunkten. Die Notwohnung muß verschwinden, ein wohlhabendes Heim entstehen, ein Heim, in dem alle Platz haben, in dem weite helle Räume sind, wo jeder sein Recht findet und gerne weilt. . .

Wir wollen als Vaterland eine wahre deutsche Republik!

Wir wollen die Durchführung der Verfassung von Weimar!

Die Grundrechte der Bürger dürfen nicht mehr angefaßt werden! Dann erst kann Frieden im Hause sein!

Ernst Schermer.

Protest der deutschen Schriftsteller. Die Hauptversammlung des Schriftstellerverbandes deutscher Schriftsteller hat die Bedrohung der schriftstellerischen Freiheit im Falle des Dichters Karl Reichle mit folgender Resolution beantwortet, die auch den württembergischen Behörden zugestellt wurde: „Die Generalversammlung des SDS. nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß nach einem Bericht des Stuttgarter Polizeipräsidiums am 29. März d. J. in Feuerbach eine Theaterprobe von der Polizei gesperrt, der anwesende Dichter und die Mitglieder des Sprechchors, die das Stück aufführten, verhaftet worden sind. Die Präzensur für Bühnenwerke ist abgeschafft; sie darf nicht unter Umgehung der gesetzgebenden Körperschaften auf dem Wege der bewaffneten Exekutive wieder eingeführt werden. Der SDS. erwartet, daß das württembergische Kultusministerium den Schutz der literarischen und künstlerischen Freiheit gemäß der Reichs- und Landesverfassung im Falle des verhafteten dramatischen Schriftstellers Karl Reichle sicherstellt.“

Yvonne Georgi, das bekannte frühere Mitglied der Wigman-Lanzgruppe, bringt ein Programm neuer Lieder am Donnerstag, Mittwoch 12 Uhr, in der Röhre der Volkshäuser im Theater am Palastplatz. Es ist dieses die einzige Berliner Veranstaltung, in der die Künstler in dieser Saison auftritt. Karten zu 1,25 R. in den Kartenabgabe- und Zahlstellen der Volkshäuser erhältlich.

Die Nationalgalerie hat ein aus dem Jahre 1900 kommendes Werk Roloffs, das Bildnis des Wiener Architekten Adolf Loos, nämlich erworben. Gleichzeitig gelangt dort als Leihgabe ein weiteres Werk Roloffs, das Bildnis des Komponisten Hof. Rothschütz aus dem Jahre 1916 zur Ausstellung.

Zum 100. Geburtstag Casselles erscheint im Verlage von R. 2. Wagner eine Wapp mit 12 Bildern von Cassell, der Grafen Cayrol, Helens von Dönnich mit einleitendem Text in drei Sprachen und einer chronologischen Tafel von V. Thompson. — Einmalige Auflage in 400 nummerierten Exemplaren. Preis nur 6 Mark. R. 4. Später R. 6. Mehrfache wird von den gleichen Titeln in ihren beiden Gelehrten (Mittelstrahe 21 und Sanitstraße 27 am Bahnhof Savignylia) eine Ausstellung von Werken Casselles und über ihn veranstaltet.

Die Frühjahrs-Ausstellung der Berliner Secession, Ausstellungsraum 282, die am 19. April geschlossen wird, ist sowohl am Samstag, als auch an beiden Osterfesttagen von 11 bis 3 Uhr geöffnet.

Der Wahlsieg in Belgien.

22 Proz. sozialistischer Stimmzunahme.

Brüssel, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Gesamtergebnis der Wahlen ist jetzt ziemlich übersehbar. Der sozialistische Erfolg übersteigt alle Erwartungen und ist weit größer, als die ersten Teilergebnisse erkennen ließen. Die Sozialisten gewinnen vorläufig 10, wahrscheinlich sogar 11 Mandate, nämlich zwei in der Provinz Lüttich, zwei oder drei in Brabant, je eins in den Provinzen Antwerpen, Westflandern, Ostflandern, Hennegau, Namur und Luxemburg. Die Katholiken haben vermutlich einen Verlust von zwei Mandaten, so daß ihre Kammervertretung auf 78 herabsinkt. In der Stimmenzahl übertrug die Sozialisten die Katholiken beträchtlich. Sie dürften rund 820 000 Stimmen, also einen Zuwachs von 150 000 oder 22 Proz. aufweisen, während die Katholiken nur 750 000 aufbringen. Die Sozialisten werden also zum ersten Mal die stärkste Partei Belgiens.

Man muß die überhebliche Wahlkampagne der Katholiken miterleben haben, die die absolute Mehrheit in der Kammer erobern wollten, um die ganze Größe ihrer Niederlage zu würdigen. Die Liberalen verlor 10 Mandate, sinken also von 33 auf 23 herab. Die Kommunisten erobern ein Mandat in Lüttich und vermutlich auch eins in Brüssel, wo ihr Führer Jacquemotte vielleicht doch noch mit knapper Not durchkommt; sie erhielten insgesamt rund 30 000 Stimmen gegen 820 000 sozialistische. Die Flämische Frontpartei erhöht ihre Mandatszahl von 4 auf 6, was hinter ihren Erwartungen zurückbleibt; aber ihr Stimmengewinn scheint bedeutender.

Die vermutliche Zusammensetzung der neuen Kammer ist also: 78 bis 79 Sozialisten, 78 Katholiken, 23 Liberale, 6 flämische Frontpartei, 2 Kommunisten, zusammen 187. Die bisherige katholisch-liberale Regierungsmehrheit sinkt von 113 auf 101, die Opposition steigt auf 86 oder 87. Wäre die Koalitionsmehrheit einheitlich, dann könnte trotz des Einstrichs an eine Erneuerung der alten Regierungsmehrheit gedacht werden, aber man weiß, daß sie schon im alten Parlament nicht leben und nicht sterben konnten. Jetzt würde die Aufrechterhaltung der Einigkeit zwischen Liberalen und Katholiken und zwischen den verschiedenen Gruppen der katholischen Partei ein noch viel größeres Kunststück sein. Keiner weiß deshalb, wie die Regierung gebildet werden soll. Die Katholiken strecken bereits Fühler aus, um die Sozialisten zum Eintritt in eine katholisch-sozialistische Koalition unter der Präsidentschaft des katholischen Führers van de Broere zu bewegen. Die Auflösung der Sozialisten ist, daß streng konstitutionell verfahren werden müsse und die zunächst noch immer bestehende, obgleich verminderte Regierungsmehrheit zeigen soll, ob sie regierungsfähig ist und falls sie versagt, die Sozialisten die Regierungsbildung übernehmen. Sie würden versuchen, mit Hilfe der demokratischen Elemente der katholischen und liberalen Partei eine homogene Mehrheit zu bilden, aber den Antrag zurückgeben, falls eine derartige Mehrheit nicht erreichbar ist. Auf das Experiment einer sozialistischen Minderheitsregierung nach dem Muster MacDonalds und Brandings dürften sich die belgischen Genossen kaum einlassen.

Wichtigstes Wahlmandat der belgischen Regierung.

Brüssel, 8. April. (W.B.) Die Regierung veröffentlichte dieser Tage eine endlose Liste von Personen, die nachträglich Orden erhalten, weil sie während der Befreiung Arbeitsdienste für Deutschland verweigerten und deshalb deportiert worden waren. Die Listen erhalten das Ritterkreuz des Leopoldordens, die noch Lebenden dagegen die sogenannte decoration civique. Der sozialistische „Peuple“ nennt die Veröffentlichung der Ordensliste vier Tage vor den Wahlen ein plummes Wahlmandat.

Sicherheitspakt und Kontrollbericht.

Zimmer noch Phasen und Stadien.

Paris, 8. April. (W.B.) Ministerpräsident Herriot hat gestern den Antworten auf die deutsche Anfrage, betreffend den Abschluß eines Sicherheitspaktes, mit Äußerungen versehen, an seine Verfassers, den politischen Direktor im Ministerium des Reichs, Carole, den Rabinetschef Hergetz und den Justizminister Romagnat zurückgegeben. Nach dem „Matin“ wird noch eine zweite Korrektur mit weiteren Änderungen erfolgen, so daß, wie es scheint, die französische Antwort nicht sofort den Alliierten zugeht, was die Ueberreichung der Antwortnote in Berlin etwas versögert.

Wie die Morgenblätter, offenbar beeinflusst, mitteilen, wird das von dem Verfasser des Sicherheitspaktes geforderte ergänzende Gutachten über die Entwertung im Laufe der nächsten Woche der Konferenz vorgelegt werden, um dieser als Unterlage für die deutsch-französische Antwort zu dienen. Diese Antwort wird dem „Journal“ zufolge vor der deutschen Präsidentschaftswahl übermittelt werden.

Erklärungen Vanderveldes.

Paris, 8. April. (W.B.) Der belgische Sozialistenführer Vandervelde hat dem Brüsseler Vertreter des „Petit Parlier“ zur Frage des Sicherheitspaktes erklärt: Ich habe die vollkommene Ueberzeugung, daß die belgische Regierung, welche Männer sie auch bilden mögen, auf alle Fälle auch ferner mit der französischen Regierung eine Politik des Friedens und der internationalen Annäherung fortsetzen wird. In diesem Geiste wird man morgen wie gestern Garantien für die Sicherheit Europas suchen. Auf die Frage, ob Deutschland in den Kombinationen, die sich vorbereiten, eine Rolle spielen könnte, antwortete Vandervelde: Niemand denkt in unserem Lande daran, eine Beteiligung Deutschlands an einem eventuellen Vertrage abzulehnen. Ich verstehe natürlich darunter ein Deutschland, das im Osten den territorialen Status quo annimmt und sich verpflichtet, ihn nicht mit Gewalt abzuändern, sondern

eine zukünftige Kröpfung des Versailles Vertrages abzuwarten.

Einige werden natürlich sagen, daß selbst unter diesen Voraussetzungen ein Garantiepakt, der von Deutschland unterzeichnet ist, nur ein neues Fehlen Papier sein wird. Nach Ansicht der Sozialisten besteht ein Unterschied zwischen einem Deutschland des Jarres und einem Deutschland der Weimarer Koalition. Vandervelde fuhr fort: Ein auf Gegenseitigkeit beruhender Sicherheitspakt zwischen den Mächten würde für die Sozialisten nur unter folgenden Bedingungen annehmbar sein: Zuerst dürfte er keine Spitze gegen Rußland enthalten, außerdem könnte Deutschland nur auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit allen anderen Nationen bezüglich seiner Verpflichtungen und seiner Rechte in den Völkerverbund aufgenommen werden. Es sei endlich nötig, daß der Pakt in den Rahmen der Abkommen eingeschlossen sei, die durch das (Genfer) Protokoll vorgegeben seien, und daß es einen Weg zur späteren Annahme des Protokolls gebe. Die Annahme des Protokolls sei ein wesentlicher Grundlag.

Wir möchten die Aufmerksamkeit der Sozialisten, ja aller Bekenner des Selbstbestimmungsrechts der Völker in den Entente-Ländern darauf lenken, daß der tschechische Außenminister Benesch leghin deutlich die Absicht erkennen ließ, im Garantiepakt Deutschland und Deutschösterreich abermals einen „ewigen“ Verzicht auf ihre Vereinigung aufzuerlegen. Wir betonen: eine solche Belastung vertritt der Garantiepakt keinesfalls!

Das Osterwetter.

Schon die Oftertage des vergangenen Jahres boten eine für die Jahreszeit außergewöhnlich schöne Witterung und der Ausflugsverkehr entwickelte sich zur Höchstleistung. Es ist vorgekommen, daß Lokale in der Umgebung Berlins, die ja immer noch für die Mehrheit der Ausflügler zur Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse in Frage kommen, ihre Bestände an Getränken und Nahrungsmitteln völlig ausverkauft hatten. Angeregt durch das in den letzten Tagen herrschende Wetter dürfte auch an den kommenden Ofterfeiertagen der „Zug ins Freie“ sich ungehemmt entwickeln. Wenn auch die Wetternormausgabe ein undantbares Geschäft ist, so kann doch mit einiger Bestimmtheit angenommen werden, daß das schöne Wetter auch an den Ofterfeiertagen anhält. Dieses fast abnorm schöne Wetter mit seiner verhältnismäßig hohen Tages-temperatur ist darauf zurückzuführen, daß durch die Luftdruckverhältnisse jede stärkere Wolkenbildung verhindert wird. Die Abkühlungen, die in dieser Jahreszeit immer zu beobachten sind und die durch Ausstrahlungen besonders morgens und abends hervorgerufen werden, dürften es trotzdem zulassen, daß tagsüber eine milde warme Temperatur herrscht. Es ist also mit einiger Bestimmtheit damit zu rechnen, daß Berlin seine gewohnten Pfingstausflüge in diesem Jahre schon zu Oftern machen kann.

Oftern im Freibad.

Die Verwaltung des südlichen Freibades Wannsee teilt uns mit, daß sie bei dem schönen Frühlingwetter es für richtig gehalten hat, den Badestrand schon jetzt freizugeben. Zwar ist es noch nicht so warm, daß jemand sich versucht fühlen könnte, schon ein Wasserbad im offenen Gewässer zu nehmen. Aber wer Sonnenbäder nehmen will, findet dazu beste Gelegenheit am Strand des Freibades Wannsee. Restaurant und Kaffeelände sind geöffnet, so daß auch für Erfrischungen hinreichend gesorgt sein wird. Bleibt das Wetter günstig, so darf das Freibad Wannsee schon am Karfreitag und an den Ofterfeiertagen auf starken Besuch rechnen.

Geheimnisse einer Sudelküche.

Wie man Lungenhasen und falschen Hagen macht.

Die Küchengeheimnisse einer größeren Speisewirtschaft beschätzte das Amtsgericht Mitte. Die Gastwirtin Bahl betreibt in der Warschauer Straße eine vielbesuchte Speisewirtschaft, deren Mittags- und Abendlich von Hunderten von Personen in Anspruch genommen wird. Durch frühere Küchenangestellte gelangte es zur Anzeige, daß die Inhaberin des Restaurants etwas allzu sparsam gewesen war. Sie wurde beschuldigt, Ueberreste, die aus der Wirtschaft in die Küche zurückgekommen waren, wieder verwertet und den Gästen von neuem vorgelegt zu haben. Die Beweisaufnahme ergab, daß Speisereste von den Tellern auf Anweisung der Wirtin zu Lungenhasen und „falschen Hagenbraten“ verwendet wurden. Größere Fleischstücke, die auf den Tellern liegen geblieben waren, wurden in den Fleischtopf zurückgeworfen und später anderen Gästen vorgelegt. Die übriggebliebenen Kartoffeln wurden gesammelt und zu Kartoffelsuppe weiter verwendet. Die Angeklagte Bahl ist bereits einmal wegen Ruppellei und Schankvergehens vorbestraft, hatte jedoch merkwürdigerweise, als schon dieses Strafverfahren gegen sie schwebte, noch die Konzession für ihre jetzige Wirtschaft erhalten. Eine Küchenmamsell sagte aus, daß die Angeklagte sie angefahren hätte, als sie Ueberreste in den Abfall tun wollte und daß sie erklärt hätte, was wegzuerwerfen sei, bestimmte sie selbst. Das Amtsgericht hielt die Angeklagte schuldig nach § 10 Abs. 2 des Nahrungsmittelgesetzes. Ein Nahrungsmittel sei, wie Amtsgerichtsrat Dr. Cohn im Urteil ausführte, nach anerkannter Rechtsprechung verdorben, wenn sein Genuß ekelerregend sei. Maßgebend dafür sei die allgemeine Auffassung der Konsumenten. Der Gast würde sich mit Ubel abwenden, wenn er wüßte, wie es in der Küche zugehe. Derartige Elemente müßten aus dem Gastwirts-gewerbe ausgewezert werden. Deshalb hat das Gericht neben der Geldstrafe auch auf eine Gefängnisstrafe erkannt. Das Urteil lautete gegen Frau Bahl auf 1 Monat Gefängnis und 800 M. Geldstrafe.

Ein falsches Mordgerücht.

Das Gerücht von einem Morde war gestern nachmittag im Norden der Stadt verbreitet. In dem Hause Brunnenstraße 95 wohnt ein Arbeiter August Blum mit seiner 50 Jahre alten Frau Paula. Als er gestern um 5 Uhr nachmittags von der Arbeit zurückkehrte, fand er die Frau in der Küche am Tische sitzend tot auf. Er benachrichtigte die Polizei, die an der Leiche blutunterlaufene Stellen entdeckte und die Mordkommission benachrichtigte. Der Gerichtsarzt Geheimrat Dr. Sörmer begutachtete, daß die Flecke wohl nicht von äußerer Gewalt, sondern von dem kältesten Zustande der Frau herrühren. Die Todesursache konnte er nicht bestimmen feststellen. Zu ihrer Ermittlung wurde die Leiche beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht, um hier obduziert zu werden. Die genaue Befragung der Wohnung ergab, daß ein Gashahn geöffnet war. Vermutlich ist die Frau beim Öffnen des Hahns von einem Unwohlsein befallen worden.

Sie hatte immer kein Reisegeld.

Einen Schwindel besonderer Art betrieb seit 5 Jahren eine 24 Jahre alte, aus Bodenbach gebürtige ehemalige Kontoristin Franziska Anna Sperch. Sie trieb sich in Berlin und anderen deutschen Städten auf den Bahnhöfen vor den Fahrkartenschaltern umher und erspähte, wohin Reisende Karten 2. Klasse lösten. Dabei hatte sie die Tasche voll von vorher geschriebenen Briefen, die angeblich an Verwandte in dieser oder jener Stadt gerichtet waren. Soß sie nun, daß ein Reisender eine Fahrkarte nach einer dieser Städte löste, so nach Kasse! Nahezu usw., so sprach sie ihn an, erzählte ihm, daß sie dort Verwandte habe, die sie besuchen wolle, und fragte ihm ihr Geld, daß sie angeblich kein Geld habe, um sich eine Fahrkarte kaufen und, je nachdem, einen Voh besorgen zu können. Durch Vorzeigen des entsprechenden Briefes machte sie jedesmal den Reisenden sicher, und fast stets erhielt sie den erbetenen Betrag. Nachweislich erbeutete sie auf diese Weise in Bodenbach allein von 13 Personen zusammen 2000 Goldmark. Die Schwindlerin trat unter verid. ebenen Namen auf. So nannte sie sich Schifferfrau Belrich aus Ester bei Wittenberg, Hanni Wagner aus Homburg, Frau Haas aus Sangerhausen, Frau de Waaß aus Holland usw. In Bodenbach war sie unter dem Spitznamen „Sperch-Franzi“ bekannt. Trotzdem suchte sie die dortige Behörde schon seit fünf Jahren vergeblich, ebenso deutsche Staatsanwaltschaften. Jetzt gelang es, die Gaunerin in Dresden festzunehmen. Mit ihr verhaftet wurde der 30 Jahre alte, aus Ester gebürtige Schiffer Wilhelm Belrich, der sich bei ihren Schwindelzügen auf den Bahnhöfen stets im Hintergrunde aufhielt und von der Beute mitteilte.

Er räumte gründlich auf.

Ein Tischlermeister, der in der Altberliner Straße einen Handel mit gebrauchten Möbeln betreibt und zu dessen Aufbesserung eine Werkstatt unterhält, wurde in seinem Vertrauen arg getäuscht. Bei ihm sprach ein junger Mann, der sich Tischler Erich Bergmann nannte und am 4. März 1903 in Sagan geboren zu sein angab, um Arbeit vor. Er erzählte, daß er in der Hoffnung, hier leicht Beschäftigung finden zu können, aus seiner Heimat nach Berlin gekommen sei, daß er aber trotz aller Bemühungen noch nichts habe finden können, und daß es ihm deshalb sehr schlecht gehe. Der Meister hatte Mitleid mit ihm und stellte ihn in seiner Werkstatt ein, obgleich er nicht gerade viel Arbeit für ihn hatte. Als er außerhalb zu tun hatte, beauftragte er den neuen Gehilfen, dem

er seit einigen Tagen auch ein Unterkommen gewährt hatte, einmal die Werkstatt auszuräumen. Dabei fand der junge Mann unter der Hobebank eine Koffette, in der der Meister über 5000 Mark in deutschem Papier-, Gold- und Silbergeld und amerikanischen Dollar aufbewahrt. Er erbrauh die Koffette, nahm den Inhalt heraus, hörte mit dem Aufräumen auf und verschwand mit dem Gelde. Mitteilungen über den Verbleib des undantbaren Gefellen an das Polizeiamt Berlin-Mitte, 4. Kriminalbezirk. Ob die Personalangaben des Tächtigen richtig sind, ist wohl sehr zweifelhaft.

Kennt ihr sie?

Bald ein Duzend kleiner Diebstähle von Blumen und Jumpern hat der junge B. in Berliner Kleinhandelsgeschäften ausgeführt, bevor er erwischt worden ist. Nun steht der Zwanzigjährige vor dem Richterlich in Moabit und weint. Ein „Verbrecher“ ist er wirklich nicht, sonst würde er sich nicht so dumm, nämlich gar nicht, verteidigen. Leider findet auch „der große Bruder“, der Angst hat, seine Stelle zu verlieren, „wenn's rauskommt“, kein Wort des Verstehens. Wenn da nicht ein guter Freund des Hauses, so eine Art mesepischer Vormund, wäre, erfahre man nie, daß der Balar die Mutter sehr zeitig verließ, weil sich's mit einem Verhältnis wohl floter lebte, daß auch der Vater sehr leichtsinnig ist und weit eher ein Freund von Autofahrt und Sektgelagen als von erstler Arbeit, und daß sein Junge nie eine wirkliche Erziehung genöß. Von der Schule an auf eigene Füße gestellt, trugen die ihn schnell auf eine schlechte Bahn. Was er aber so schlimm, daß nur ein Jahr und sechs Monate Gefängnis die Diebereien sühnen können?

Jetzt mantern die Urten, „Berufung“ steht drin; der Angeklagte, der nun schon fünf, aber auch der Staatsanwalt hat protestiert. Man weiß nicht, wie der Kampf ausfällt, aber diese Zeiten, die in der Zelle entstanden und die die Mutter uns übergab, geben das Recht, an den jungen Mann zu glauben:

Kennt ihr sie, die trüben Gefängniszellen?

Ein Tisch, eine Schüssel, ein Bett.

Alles so öde, nichts heimlich, nichts nett.

Keine Tapete, kein frohes Schimmern;

Nur vier graue schmutzige Wände.

Und wie im Gange verharret du in eifriger Wai.

Leichtverleht bei einer Straßenbahnentgleisung. Vor dem Hause Schönhauser Allee 172 entgleiste gestern Abend ein Straßenbahnmagen der Linie 49 E, angeblich durch Verlegen der Bremsen, fuhr gegen einen Straßenbahnmast, der zum Teil umgebogen wurde, und dann auf den Bürgersteig. Hierbei wurden 5 Insassen leicht verletzt, die nach Anlegung von Kollisionsböden in ihre Wohnungen entlassen werden konnten. Ein Unbekannter ist mit Rumpelkopf und Unterarmbruch in das Krankenhaus Friedrichshalm übergeführt worden.

Praktische Altershilfe. Unbürokratisch innerhalb des Bezirks Prenzlauer Berg nach die Kleinrentnerfürsorge Prenzlauer Berg, Danziger Straße 64, Hof 1 Tr., Zimmer 119, Sprechstunden werktäglich 9—1 Uhr.

Bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) und der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse bleiben die Bureaus und Kassen für die Kundschaft am 11. April 1925, den Sonnabend vor Oftern, geschlossen.

Kunsthochschule. Das neue Frühjahrsprogramm mit zahlreichen Vorträgen, Wanderungen, Reisen und 125 Vorlesungen ist schon erschienen und kostenlos in zahlreichen Buchhandlungen und Selbstverlegern zu haben. Jede Kunststadt durch das Hauptbureau Kadenstr. 108. (Wochenspiegel 2050.)

Neuige Beratungsstelle der Gesellschaft „Die“. Die Gesellschaft für Gesundheitschutz der Juden „Die“ hat eine Beratungsstelle für Juden in Berlin, Gormannstr. 29, eröffnet. Die in Berlin einflussreichen Juden, welche mit den Verhältnissen des Landes wenig vertraut sind, wissen überhaupt nicht, an wen sie sich zu wenden haben, falls jemand von ihnen traut und. Die Gesellschaft „Die“ hat daher beschlossen, den Eingewanderten aus dem Osten zu Hilfe zu kommen. Sie hat Abmachungen mit Berliner Anwalts- und Volkswirtschaftlern getroffen, auf Grund welcher die Anwalts, die von der Beratungsstelle geschickt werden, dort sorgfältig untersucht und behandelt werden.

Die Herner Eisenbahnkatastrophe vor Gericht.

Herne, 8. April. (W.B.) Die Nachmittagsung beginnt mit dem Bericht des Oberbahnrats Kattner über die Einrichtung des Signalwesens, wobei der Zeuge die Möglichkeit einer falschen Stellung wie des Verlegens der Lastensperre prüft. Der Oberbahnmeister Krüger von Herne verneint nicht, daß Unregelmäßigkeiten bei dem Herner Bahnhof vorgekommen sind. Darauf folgen die Gutachten der Sachverständigen über das Signalwesen, die weder die Möglichkeit eines Verlegens der Signale noch eines Verschubens des Stellwertpersonals für ausgeschlossen halten. Dagegen erachten die Eisenbahnteilnehmerverständigen ein Ueberfahren des Signals unter den obwaltenden Verhältnissen für ganz unbenbar und glauben die Schuld nur in der Signalstellung suchen zu sollen, da seit dem Herner Unglück bereits 46 Meldungen über unvorsichtsmäßige Signalstellung im Herner Bezirk vorliegen. Der Maschineninspektor Konzen, der direkte Vorgesetzte des Angeklagten Hoyerkamp, stellt diesem das beste Zeugnis aus. Er schildert ihn als zuverlässig, nüchtern und glaubwürdig in jeder Beziehung. Dasselbe trifft auf seinen Helfer Heibdröcher zu. Das Gericht lehnt darauf die Ladung neuer Zeugen und Sachverständiger ab und stellt die Vernehmung des Stellwertpersonals und des Heizers Heibdröcher bis hinter die Wände der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung zurück.

Drei Tote bei einer Handgranatenerplosion. Die die „Schlesische Zeitung“ aus Dels meldet, wurden bei der Vernehmung von Schadhast gewordenen Handgranaten beim Reiterregiment 8 drei Unteroffiziere tödlich und ein Geleiterschwer verletzt. Die vier Soldaten waren unvorsichtig vorzeitig aus den Deckungsgraben gestiegen.

Zwei Todesurteile wegen gemeinschaftlichen Mordes. Das Schwurgericht in Rottbus verurteilte gestern den Grubenarbeiter Kosmierzot und die Witwe des Grubenarbeiters Winkler aus Schlegel bei Senftenberg in der Lauff wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode. Kosmierzot, der verheiratet war, hat am zweiten Weihnachtstage des vergangenen Jahres den Ehegatten der Winkler ermordet, während Frau Winkler dafür sorgte, daß niemand die Tode beirat. Einige Wochen vorher hatten beide Angeklagten versucht, Winkler durch Gift umzubringen.

Republikanischer Tag am 18. Oktober in Leipzig. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Deutsche Republikanische Reichsbund veranstalten am 17. und 18. Oktober in Leipzig große republikanische Kundgebungen. Die Vorbereitungen sind bereits seit längerer Zeit in Angriff genommen. Bekannte Republikaner und erste Künstler haben ihre Mitwirkung zugesagt. Es wird zahlreiche Teilnehmer aus republikanischen Vereinigungen und Verbänden, nicht nur aus der weiteren Umgebung Leipzigs, sondern aus allen Gauen Deutschlands und Deutschösterreich erwartet.

Zunahme der Ehescheidungen in den Vereinigten Staaten. Der Prozentsatz der Ehescheidungen in den Vereinigten Staaten zeigt nach den letzten Veröffentlichungen des Washingtoner Statistisches Bureaus eine ständig aufsteigende Kurve. Im Jahre 1870 betrug z. B. die Anzahl der Ehescheidungen auf 100 000 verheiratete Personen nur 80, im vergangenen Jahre dagegen 220 auf 100 000 Ehen. Bezüglich der Ursachen der Ehescheidungen hat sich ebenfalls ein Wandel vollzogen insofern, als früher Untreue und Trunksucht, gegenwärtig in der Hauptsache grausame Behandlung und ungewollte Verlassen als Gründe für die Ehescheidung angegeben worden.

Gewerkschaftsbewegung

Der Konflikt in der Metallindustrie.

In der Auswertung in der Berliner Metallindustrie sind irgendwelche Veränderungen nicht eingetreten. Heute vormittags trat das Metallarbeitsamt zu einer Beratung zusammen. Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht über den Rahmenarbeitsvertrag und die Lohnfragen in der Metallindustrie haben um 1 Uhr mittags begonnen und dürften sich voraussichtlich sehr langwierig gestalten. Bei der bekannten Einstellung der Metallindustriellen ist zu erwarten, daß sie den Forderungen der Arbeiter, insbesondere bezüglich der Löhne, einen hartnäckigen Widerstand entgegenstellen. Allerdings müßten auch die Metallindustriellen begriffen haben, daß die Situation heute eine andere als vor einem Jahre ist und daß auch das Organisationsverhältnis sich erheblich gebessert hat. Es ist vorauszu-
sehen, daß die Verhandlungen sich bis in die späten Abendstunden hinein hinziehen werden.

Wiederherstellung des Achtstundentages.

Im Berliner Brauergewerbe.

Der Kantalarbeitsvertrag für die in den Brauereien Groß-Berlins beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer ist nach Verhandlungen zwischen den Tarifparteien bis zum 31. März 1926 verlängert worden. Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hat erreicht, daß die Ueberarbeitszeitbestimmung, die den Brauereibesitzern das Recht gab, in den Sommermonaten eine Stunde täglicher Mehrarbeit zu verlangen, die allerdings mit 10 Proz. Zuschlag bezahlt werden mußte, beseitigt wird. In dem neuen Tarifvertrag heißt es, daß die tägliche Arbeitszeit acht Stunden beträgt. Eine Funktionärskonferenz der Brauereiarbeiter stimmte nach einem Bericht, den Genosse Ho-dapp gab, dem neuen Tarifvertrag zu. Damit haben sich die Brauereiarbeiter, dank ihrer guten Organisation, den uneingeschränkten Achtstundentag zurückgeholt, ohne in den Kampf treten zu müssen. Der geschlossene Kampf, den die Berliner Brauer im Vorjahre führten, hat auch heute noch nachgewirkt. Die Brauereien wissen, daß sie es mit einer festgesetzten Kampftruppe zu tun haben, an der alle kommunistischen Spaltungsversuche immer wirkungslos abgeprallt sind.

Die Reichsbahn ohne Betriebsräte.

Buchstabenklauberei der Direktion.

Nachdem der Streik der Eisenbahnarbeiter ausgebrochen war, erklärte die Reichsbahndirektion Berlin die Streikenden als entlassen. Das geschah nicht in der Absicht, das Arbeitsverhältnis tatsächlich aufzulösen, sondern im Gegenteil, die Direktion wollte durch die Entlassung die Streikenden einschüchtern und sie zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen. Schließlich ist ja, wie bekannt, der Streik beendet worden durch den allgemeinerverbindlichen Schiedspruch, der unter anderem bestimmt, daß Nachregelungen aus Anlaß des Streiks nicht erfolgen dürfen und daß die in Folge des Streiks ausgeschiedenen Arbeiter in ihr altes Arbeitsverhältnis wieder einzusetzen sind.

Diese Bestimmung kann doch nur den Sinn haben, daß die erworbenen Rechte der Arbeiter bestehen bleiben, ja, als wenn eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gar nicht stattgefunden hätte. — Aber die Direktion will es anders. Sie hat zwar die Arbeiter wieder eingestellt und ihnen die aus dem Arbeitsvertrage erworbenen Rechte zuerkannt, macht ihnen aber die aus dem Betriebsratsgesetz erworbenen Rechte streitig, indem sie sagt: Durch die Entlassung ist das alte Arbeitsverhältnis aufgelöst. Damit sind nach § 39 BRG, die Ämter der gleichfalls entlassenen Betriebsratsmitglieder erloschen. In dem seit Beendigung des Streiks bestehenden neuen Arbeitsverhältnis können die erloschenen Rechte der Betriebsratsmitglieder nicht wieder auflieben. Wenn sie noch weiter „Betriebsrat spielen wollen“, dann müßten sie es tun, aber die Direktion erkennt diese Betriebsräte nicht an und zahlt keinen Lohn für in Ausübung der Betriebsratsstätigkeit aufgewandte Arbeitszeit.

Nach dieser Auffassung der Direktion gibt es also in allen ihren Dienststellen, wo vom Streik betroffen waren, zurzeit keine Betriebsräte, und die Arbeiter sind infolgedessen, bis eine Neuwahl erfolgt, ohne die gesetzliche Betriebsvertretung. Es leuchtet ein, daß das keine sinnigste Auslegung der Friedensbedingungen und kein wirklicher Friedensschluß ist.

Die Vertreter der Arbeiter wehren sich natürlich gegen diese Buchstabenklauberei der Direktion, die sie als eine Friedens-törung ansehen. Sie berufen sich auf namhafte Kommentatoren der einschlägigen Gesetze, die den Streik nicht als eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses ansehen.

da ja ein Streik nicht geführt wird, um das Arbeitsverhältnis aufzulösen, sondern um es zu verbessern. Demnach müssen nach der Beilegung eines Streiks alle Rechte der Arbeiter ohne Ausnahme fortbestehen.

Von dieser Auffassung ausgehend klagten einige Betriebsratsmitglieder bei der Eisenbahnsachkammer des Gewerbegerichts auf Anerkennung ihrer Betriebsratsämter. Die Kammer kam aber nach langer Verhandlung zu der Entscheidung, daß sie keine rechtliche Grundlage zu einem Urteil in dieser Angelegenheit habe. Wenn die Betriebsratsmitglieder der Meinung seien, daß ihre Ämter fortbestehen, dann könne dies nur durch das ordentliche Gericht (Amtsgericht) mittelbar festgestellt werden im Wege einer Klage auf Lohnzahlung für die Betriebsratsstätigkeit.

Die kleinliche und gehässige Buchstabenklauberei der Reichsbahndirektion ist nicht dazu angetan, einen vollen Frieden in ihren Betrieben herzustellen. Wenn die Direktion gut beraten wäre, dann würde sie nicht auf einem Prinzip herumreiten, dessen Durchführung neuen Unfrieden stiften muß, ohne irgendeinen tatsächlichen Nutzen zu gewähren.

Tagung im ZdM.

Die am 2. April in Berlin tagende Konferenz des Verbandsvorstandes und Beirates des Zentralverbandes der Angestellten fasste folgende Beschlüsse:

Nach dem Vorschlag der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte für 1926 steht einer Einnahme von 131 Millionen eine Ausgabe an Rentenleistungen von 20 400 000 Mark gegenüber. Es ist für die Angestellten unerträglich, große Summen für Zwecke der Kapitalansammlung aufzubringen, während die Rentner der Angestelltenversicherung sich in bitterster Not befinden. Die Konferenz fordert vom Reichstage eine Verdoppelung der Renten ohne Beitragserhöhung, Streichung der Versicherungspflichtgrenze, Verkürzung der Wartezeit für die Hinterbliebenenrente auf 60 Beitragsmonate, Ausgestaltung des Heilverfahrens zu einem Rechtsanspruch, Anrechnung der Beiträge zur Invalidenversicherung auf die Wartezeit der Angestelltenversicherung bei den Wanderversicherten und direkte Wahl des Verwaltungsrats durch die Versicherten.

Die Reichsregierung versprach Anfang 1924, dem Reichswirtschaftsrat und Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die Berufsausbildung zugehen zu lassen. Dieses Versprechen ist bis heute unerfüllt geblieben. Angesichts der bestehenden Mißstände im Lehrlingswesen und bei der Beschäftigung jugendlicher Angestellter fordern Verbandsvorstand und Beirat des Zentralverbandes der Angestellten auf ihrer Konferenz die Reichsregierung auf, nunmehr unverzüglich diesen Gesetzentwurf herauszubringen. Sie erwartet von den Länderregierungen und unteren Verwaltungsbehörden, daß sie bis zur Verabschiedung des Gesetzes von den Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung mehr als bisher Gebrauch machen.

Verbandsvorstand und Beirat des ZdM stellen auf ihrer Konferenz erneut fest, daß die entscheidenden Bestimmungen der vom Reichsarbeitsministerium am 21. Februar 1924 erlassenen Richtlinien über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe im Widerspruch zu den gesetzlichen Vorschriften stehen. Die Konferenz begrüßt, daß die Länder Hessen, Sachsen und Anhalt es aus diesem Grundbuch ablehnen, unter Mißbrauch des § 105e der Gewerbeordnung die Vorschriften über die Sonntagsruhe außer Kraft zu setzen. Sie erhebt Einspruch gegen die dem bayerischen und württembergischen Landtage vorliegenden Anträge, die dahin gehen, im Widerspruch zur Reichsverfassung auf dem Wege der Landesgesetzgebung Reichsrecht außer Kraft zu setzen.

Die Konferenz erklärt sich mit dem von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe einverstanden und erwartet dessen baldige Annahme durch den Reichstag.

Ein kommunistischer „Sieg“.

Es wird uns geschrieben: Die „Rote Fahne“ vom 23. März brachte eine Notiz über die Betriebsratswahl bei Osram. Da der Einender dieser Notiz selbst der Urheber des „Sturiums der drei Listen“ ist, muß er, getreu den Weisungen seiner Partei, einen „APD-Sieg“ zusammenreimen. Wie ist der Sachverhalt?

Obwohl die APD-Fraktion kaum über ein Duzend Mitglieder im Betriebe verfügt, verlangten diese in ihrer Bescheidenheit die absolute Mehrheit im Arbeiter- und Betriebsrat einschließlich der Angestellten. Als sie in der freigewerkschaftlichen Mitgliederversammlung dieses Ziel nicht erreichten, veranlaßte der Jugendgewerkschafter Kung einige zweifelhafte Elemente, die mit ihm sympathisierten,

eine besondere Liste aufzustellen. Kung selbst verfaßte ein Flugblatt gegen die Einheitsliste der Gewerkschafter und veranlaßte dessen Bezahlung aus der Fraktionskasse. Die Liebe zu diesen geldgierigen Sumpfpflanzen ging so weit, daß er der Spitzenkandidatin der gelben Liste ihre Sammelliste, die sie seit 4 Jahren abzurechnen vergeblich hatte, bezahlte. Leider reichte das Geld nicht so weit, um noch weitere ähnliche Rückstände von „Sympathisierenden“ mit der APD zu bezahlen. Der Klassenkampfgeist dieser Elemente betätigt sich recht bei der Entzweiung von Geldern der Arbeiterkassen. Bezeichnenderweise steht auch ein Parteikommunist auf der Liste 2, die, wie ihre Nummer schon besagt, als zweite Liste eingereicht wurde. Damit bricht der ganze Schwindel zusammen, denn die Vertreter der Liste 3 stehen laut ihrem Flugblatt im schärfsten Gegensatz zu jeder politischen Partei. Sonderbar mutet es an, daß die APD auf dem Boden des bürgerlichen Rechtes steht, doch liegt in der gleichen Sache der Neuwahl ein Urteil vor, das genau das Gegenteil besagt. Ein „Sieg“ ist mit allen Kosten und schmerzlichen Mitteln erreicht worden, aber die Belegschaft und die Organisation haben das letzte Wort.

Verhandlungen im Viefelder Metallarbeiterstreik.

Viefeld, 8. April. (Ill.) In den bereits über sechs Wochen andauernden Konflikt in der Metallindustrie von Viefeld und Umgebung hat das Reichsarbeitsministerium eingegriffen. Das Ministerium hat an beide Parteien die Einladung zu Verhandlungen ergehen lassen, die heute ihren Anfang nehmen.

Aus der Partei.

Partei-spaltung in Ungarn. Der ungarische Parteistreit hat nun zum Austritt der Radikalen geführt. Sie haben sich als „Ungarische sozialistische Arbeiterpartei“ konstituiert, die bei den bevorstehenden hauptstädtischen Kommunalwahlen eine eigene Liste aufstellen wird. Die Landespartei bezeichnet das Ausschneiden dieser Gruppe als eine erfreuliche Tatsache, zumal diese den Klassen-schülern gegenüber hinter dem Rücken der Parteileitung schon längst die Verpflichtung zur Bildung einer neuen Partei übernommen haben soll. Die neue Partei, die hauptsächlich aus Bauarbeitern besteht, zählt 300 bis 400 Mitglieder. Die Sozialdemokratische Partei erklärt, sie werde den Kampf mit den „Renegaten“ energisch aufnehmen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

111. Wkt. Hohenzollern. Der Jahrestag findet erst am Mittwoch, 13. April, statt.

Briefkasten der Expedition.

Eugen Lohmann. Ihr Inserat kann nicht aufgenommen werden. Betrag steht zur Verfügung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Grottel; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Götze; Revolution: Dr. John Schillemilch; Politik und Contingent: Fritz Kahlert; Anzeigen: Dr. Gleditsch; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt West-Singer u. Co., Berlin SW 68, Eidenstraße 2.

Ungewitter Kautabak

— seit 1815 —

**Bestes Erzeugnis
wohlschmeckend
bekömmlich
ausgiebig**

Zum Osterfest!

**Große Auswahl in
allen Schuharten**

schwarz, farbig und Lack, nur aus
tatsächlich billigen Preisen!

Streng reelle sachgemäße Be-
dienung, keine Abfertigung,
kein Ausdrängen unpassender
Ware.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Vom 6. bis zum 11. April 5 Proz. Rabatt.

**Schuhvertrieb Steglitz
Düppelstraße 41, Hof-Etage
1 Minute vom Wanneseebahnhof.**

Berliner Elektriker- Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88

Fernsprecher: Norden 1198

Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Platzburg 9831

Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen - Verkauf aller
elektrischer Bedarfsartikel -
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Auf Teilzahlung!

**Herrn- u. Burstdien-
Garderobe!**

Kleine Anzahlung! * Bequeme
Abzahlung!

CAMNITZER

Schönhauser Allee 82.1
am Hochbahnhof Nordring



GROSSER AUSSTEUER-VERKAUF

zu ganz enorm billigen Preisen!

Porzellan	Glas	Steingut	Wirtschaftsartikel	Aluminium	Lederwaren
Tasso Schalenform, m. Goldrand, beste Qualität 38 Pf.	Bierbecher m. Bandmuster 18 Pf.	Waschservice gr. m. Goldrand, Steil 8 75	Waschbrett m. Holzbo- 85 Pf.	Schmortopf m. Deck, 16 cm 1.45	Handkoffer mit 2 werten 4.00
Speiseteller im Goldrand, tief u. flach 85 Pf.	Selsterbecher 9 Pf.	Waschservice bunt, Steil 2 95	Waschwanne m. Holzbo- 12 50	Schmortopf m. Deck, 18 cm 1.85	Bahnkoffer beste Qualität 44.00
Kaffeeteller m. Goldrand, 6 P. 4 90	Butterglocke 68 Pf.	Wasserkügel bunt 95 Pf.	Abwaschwanne m. Holzbo- 2 25	Schmortopf m. Deck, 20 cm 2.25	Handkoffer echt Vulkan 16.00
Tasse Schalenform mit Maerz Rand 45 Pf.	Käseglocke 95 Pf.	Bratenplatten oval, 68 58 Pf.	Eimer grau Emaille 95 Pf.	Satz Töpfe 15 bis 24 cm 10.75	Besuchstasche mit 2 werten 4.50
Kuchenteller 25 cm, fein 95 Pf.	Kompott-Teller 9 Pf.	6 Schlüssel 95 Pf.	Müllschaufel Emaille 68 Pf.	Milchtöpfe Satz 6 Stück 2.95	Besuchstasche mit 2 werten 7.90
Eßservice 23teil. mod. Form 34 50	Glasschüssel oliven 1.16, 95 75 Pf.	Speiseteller 12 Pf.	Kochtopf Emaille, schwerer Ware 95 Pf.	EBIöffel Fadenmuster 18 Pf.	Besuchstasche mit 2 werten 12.75
Küchengerät w. Gold u. Delit, 22 19 75	Sturzflasche mit Glas 68 Pf.	Teller mit Goldrand, tief und flach 35 Pf.	Nachtgeschirr Emaille, sch. Ware 95 Pf.	Kaffeelöffel 8 Pf.	Kofferhandt. pa. Rindleder 8.75
Eßservice 7teil. L. vorn Dek. Bavaria, mod. F. 95 00	Teebecher m. Bandmuster 18 Pf.	Teller mit Goldrand, mittel 28 Pf.	Toilettenpapierhalter 68 Pf.	Nickel- u. Stahlwaren	Kofferhandt. pa. Rindleder 9.75
Obertasse weiß 8 Pf.	Likörgläser mit grünem Stiel, auf 48 Pf.	Eßservice kobalt, 23 teil., ovale Form 19 50	Servierbrett Holz, beste Qualität 2 95	EBIbesteck Alpakaschwere Ware, Fadenmuster 2.75	Schlusstasche 95 Pf.
Kaffeeteller in vrra, R. Dak., Bavaria, tasse Schaenfl. f. 12 Pr. 12 75	Sahnenservice abgeseht., 2teil. 2 75	Kaffeeteller 6 Personen handgemalt 9 75	Plättbrett bezogen 5 90	EBIöffel Alpakaschwere Ware, Fadenmuster 95 Pf.	Einkaufsbeutel Stoff 95 Pf.
Thermosflasche Original, 1 45	Ausklopfer 95 Pf.	Kannenuntersatz messig vernickelt 1 45	Brotkorb oval mod. Form und Muster nur 95 Pf.	Tortenplatte m. ssing, vernickelt 3.90	Schulmappe 2.95
Stehspiegel mit weissem Rand 68 Pf.	Wandkaffeemühle best. Qualität 6 90	EBbesteck fein vernickelt 1 65	Brotkasten gr., sch. W. m. mod. Dek. 3 90	Frühstückstasche Leder 2.75	Schulmappe Leder 7.50
			Kinderlöffel Alpakaschwere Ware, beste Qualität 75 Pf.	Federetuis Leder 1.50	Handarbeitsstasche 1.25
			EBbesteck 1 25		Aktentasche Leder 5.90

Porzellan-Emaille-Markt Johanna Pögel Spezialgeschäft größten Stils Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße 30-31